

25 25 25 25 25 25 25 25 25 25
25 25 25 25 25 25 25 25 25 25
25 25 25 25 25
25 25 25 25 25 25 25 25 25 25
25 25 25 25 25 25 25 25 25 25
25 25 25 25 25 25 25 25 25 25
25 25 25 25 25 25 25 25 25 25
25 25 25 25 25 25 25 25 25 25
25 25 25 25 25 25 25 25 25 25
25 25 25 25 25 25 25 25 25 25
25 25 25 25 25 25 25 25 25 25
25 25 25 25 25 25 25 25 25 25
25 25 25 25 25 25 25 25 25 25
25 25 25 25 25 25 25 25 25 25
25 25 25 25 25 25 25 25 25 25
25 25 25 25 25 25 25 25 25 25
25 25 25 25 25 25 25 25 25 25
25 25 25 25 25 25 25 25 25 25
25 25 25 25 25 25 25 25 25 25
25 25 25 25 25 25 25 25 25 25
25 25 25 25 25 25 25 25 25 25



GRUSSWORT DER OBERBÜRGERMEISTERIN



Liebe Leserin, lieber Leser,

es ist kaum zu glauben, dass die Anfänge des Ausländerbeirats schon 25 Jahre zurückliegen! Von heute betrachtet, steckte die Integrationspolitik der Stadt damals noch in den Kinderschuhen. Die Nadelstiche, die der erste, hoch motivierte Beirat gesetzt hat, damit sich Politik und Verwaltung ernsthaft mit den Anliegen der Einwanderer in Saarbrücken auseinandersetzen, haben ihre Wirkung nicht verfehlt.

Nun braucht man in der Kommunalpolitik aber auch einen langen Atem. Das wissen alle Stadtverordneten, und diese Erfahrung haben auch die Mitglieder der verschiedenen Beiräte in all den Jahren gemacht. Da bleiben Enttäuschungen nicht aus. Umso mehr gilt:

Hut ab vor dem Engagement, das sich viele Beiratsmitglieder bewahrt haben – auch dann, wenn ein Thema immer und immer wieder auf die Tagesordnung gestellt werden musste! Dass diese mühsame Arbeit am Ende so manche Frucht getragen hat, illustriert diese Festschrift sehr anschaulich.

Allen Frauen und Männern, die im letzten Vierteljahrhundert die Arbeit des Ausländerbeirats bzw. Integrationsbeirats mit gestaltet haben oder dies noch immer tun, danke ich sehr herzlich. Saarbrücken wäre ärmer ohne Sie!

Charlotte Britz, Oberbürgermeisterin

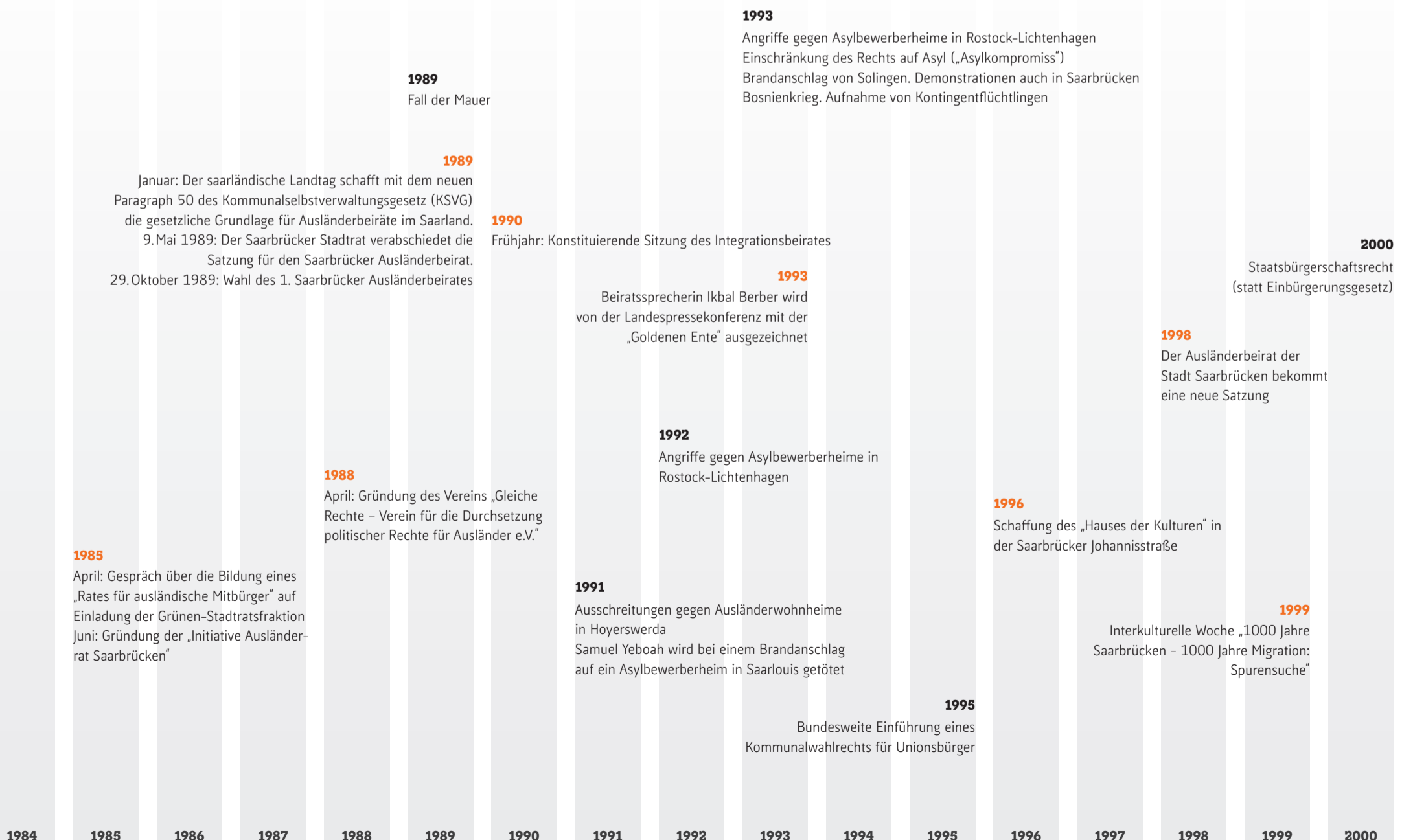
GRUSSWORT DES SPRECHERS IVAN ILIEV



Der Integrationsbeirat ist seit 1989 eine wichtige Institution für Migrantinnen und Migranten in Saarbrücken. Trotz seiner begrenzten Möglichkeiten hat er in dieser Zeit wichtige Themen umgesetzt. Ich würde mir dennoch wünschen, dass der Beirat mehr Befugnisse bekommt. Nur so kann er die Rechte der Migrantinnen und Migranten effektiv vertreten und zu ihrer Integration beitragen. Das ist umso wichtiger in einer Zeit, da das Interesse an Politik allgemein sinkt. Auch die kontinuierlich abnehmende Beteiligung an den Integrationsbeiratswahlen bildet da keine Ausnahme.

Ich möchte in dieser Wahlperiode eigene Schwerpunkte setzen. Der Beirat muss sich für die internationalen Studierenden einsetzen, die eine wichtige Rolle für die Zukunft der Landeshauptstadt Saarbrücken spielen. Arbeit ist ein wichtiger Bestandteil gelingender Integration. Die Forderung nach einem Wahlrecht für alle ist nicht neu, aber immer noch aktuell. Sie schlägt den Bogen vom ersten Ausländerbeirat, der sich dieses Ziel bereits gesetzt hatte, zum heutigen Integrationsbeirat. Man sieht: Es bleibt viel zu tun!

Ivan Iliev, Sprecher des Integrationsbeirates





ZEITGESCHICHTE

Einwanderung und Integration 1989 bis 2014
 Meilensteine in der Entwicklung des Ausländer- / Integrationsbeirates

2001
 Bericht der Süßmuth-Kommission: „Deutschland ist ein Einwanderungsland“
 Anschläge der Terrororganisation al-Qaida in den USA;
 Beginn des Krieges in Afghanistan

2004
 EU-Osterweiterung I
 (Estland, Lettland, Litauen,
 Polen, Tschechien, Slowakei,
 Ungarn, Slowenien, Malta
 und Zypern)

2007
 Auf dem Saarbrücker Hauptfriedhof
 gibt es nun oberirdische Grabkammern,
 die eine Bestattung nach italienischer
 Tradition ermöglichen.

2005
 Zuwanderungsgesetz tritt in Kraft.
 Erstmals gibt es ein „Recht auf Integration“

2007
 EU-Osterweiterung II (Bulgarien,
 Rumänien) unter Auflagen

2009
 Wahl des 1. Saarbrücker Integrationsbeirates, jetzt sind
 auch Stadtratsmitglieder im Gremium vertreten

2013
 Flüchtlinge werden von der Landesaufnahmestelle
 Lebach aus wieder in die Kommunen verteilt

2014
 Vollständige Freizügigkeitsrechte für
 Bulgaren und Rumänen

2012
 Gesetz zur Anerkennung im Ausland
 erworbener Berufsqualifikationen tritt
 in Kraft

2014
 Auf Initiative des Integrationsbeirates
 unterzeichnet Oberbürgermeisterin
 Charlotte Britz die „Charta der Vielfalt“

2015
 Demonstrationen von „Pegida“
 in deutschen Städten, zahlreiche
 Gegendemos (in Saarbrücken
 demonstrieren am 12. Januar
 9.000 Menschen unter dem Motto
 „Bunt statt Braun“)



Die Gesprächsrunde – v.l.nr.: Veronika Kabis, Anne Kerber, Asgar Abbaszadeh, Stephan Schäfer, Sami Kont. Foto: A. Raetzer

MIT ELAN UND MUT GEGEN GRAVIERENDE MISSTÄNDE

Gründungsmitglieder und Weggefährten aus der „Pionierzeit“ des ersten Ausländerbeirates erinnern sich

„Damals waren wir noch jung und schön“, sagt Asgar Abbaszadeh und blickt schmunzelnd erst an sich herab, dann in die Runde, die sich in der Geschäftsstelle des Integrationsbeirates im Rathaus St. Johann, versammelt hat, um sich gemeinsam an die Gründung und ersten Jahre des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt Saarbrücken zu erinnern.

„Damals“, das war Mitte der 1980er Jahre, als sich in Saarbrücken eine bunt gemischte Gruppe von Menschen aus aller Welt zusammenfand mit dem gemeinsamen Ziel, auf kommunaler Ebene die Interessen der nichtdeutschen Studentinnen und Studenten, der Flüchtlinge, Gastarbeiter und all der anderen, die damals noch nicht als „Migranten“, „Zuwanderer“ oder „Menschen mit Migrationshintergrund“, sondern schlicht als „Ausländer“ bezeichnet wurden, zu vertreten.

Am Besprechungstisch haben Veronika Kabis (Geschäftsführerin des ersten Ausländerbeirates und seit 2003 Leiterin des Zuwanderungs- und Integrationsbüros ZIB), Stephan Schäfer (Verwaltungsmitarbeiter im Hauptamt der Landeshauptstadt Saarbrücken), Asgar Abbaszadeh und Sami Kont (beide Mitglieder und Mitinitiatoren des ersten Ausländerbeirates) sowie Anne Kerber (Geschäftsstelle Integrationsbeirat) Platz genommen. Eine Packung russischer Pralinen – eines der zahlreichen interkulturell-kulinarischen Weihnachtsgeschenke an das ZIB – macht die Runde. Man greift zu, plaudert und scherzt, schließlich kennen sich die meisten Gesprächsteilnehmer schon seit langer Zeit.

Asgar Abbaszadeh und Sami Kont waren sich schon in den 1970er Jahren während des Studiums an der Universität des Saarlandes begegnet, wo sich Kont im Türkischen Studentenverein engagierte und Abbaszadeh in verschiedenen iranischen Vereinen aktiv war. „Die ausländischen Vereine an der Universität haben die politische Bühne damals stark geprägt und sich intensiv mit weltpolitischen Problemen – insbesondere den Militärregimes und Diktaturen in den betroffenen Ländern – auseinandergesetzt“, erzählt Sami Kont. „Neben Türken und Iranern waren auch die Griechen und Italiener sehr gut organisiert.“ Aus den Reihen dieser Vereine und Gruppierungen entstand Mitte der 1980er Jahre die „Initiative Ausländerrat Saarbrücken“, der die Schaffung des Saarbrücker Ausländerbeirates zu verdanken ist und die sich 1988 zum Verein „Gleiche Rechte“ zusammenschloss (s. Artikel „Der mühsame Weg bis zur ersten Wahl“). „Diejenigen, die zunächst für ihre ‚alten Heimatländer‘ engagiert waren, beschlossen in dieser Zeit, sich für ihre Belange in Saarbrücken einzusetzen“, erinnert sich Asgar Abbaszadeh. „Für mich stand damals noch nicht fest, ob ich auf Dauer in Deutschland bleiben

würde. Auch die Italiener wollten ursprünglich zurück. Aber wir merkten, dass Saarbrücken unsere Heimat wird, und wir uns für unsere Anliegen hier organisieren müssen“, so Abbaszadeh, der 1991 die Einbürgerung beantragte.

Gesagt, getan, setzte sich die Initiative zusammen, um eine Satzung für den zukünftigen Saarbrücker Ausländerbeirat zu erarbeiten. „Wir haben etliche Versionen formuliert“, erzählt Abbaszadeh. „Eine davon haben wir im Volkshochschul-Zentrum vorgestellt, und Necati Mert, Herausgeber der Zeitschrift „Die Brücke“, hat sie so ‚auseinandergenommen‘, dass wir sie wieder komplett überarbeitet haben“, erinnert sich Abbaszadeh schmunzelnd. Von 1985 bis 1989 bereitete die Initiative die Einrichtung eines Ausländerbeirates in Saarbrücken vor. „In dieser Zeit mussten wir viel Überzeugungsarbeit leisten“, so Abbaszadeh. Unterstützung erhielt die Initiative nicht nur von den Saarbrücker Grünen – insbesondere von Anfang an von Erika Trenz, Kajo Breuer und Werner Schmidt –, sondern auch von der SPD, der einige Gründungsmitglieder des Ausländerbeirates (darunter Asgar Abbaszadeh und Ikbal Berber) später beitrugen. „Gerd Schank, damals Geschäftsführer bei der SPD, und der damalige Fraktionsvorsitzende Gerd Wiebe waren sehr offen für unsere Anliegen. Die CDU war anfangs – bis auf ihren sozialpolitischen Sprecher Helmut Schäfer – strikt dagegen, ebenso wie die FDP mit Ausnahme von Manfred Ziegler.“

Als die Satzung stand, wollten die Mitglieder des Vereins „Gleiche Rechte“ am liebsten sofort mit der politischen Arbeit im Ausländerbeirat beginnen. „Doch dann dauerte es noch bis Mai 1989, bis der Stadtrat mit seinem Beschluss grünes Licht gab“, erinnert sich Abbaszadeh. Im Oktober 1989 wurde gewählt, die konstituierende Sitzung des ersten Ausländerbeirates fand im April 1990 statt.

In dieser Zeit hatte Stephan Schäfer gerade seine Verwaltungsausbildung mit einer Klausur über das Thema „Ausländerbeirat“ im Fach Kommunalrecht abgeschlossen und war als Sachbearbeiter im Hauptamt für den Beirat zuständig. „Ich erinnere mich noch sehr gut an meine erste Begegnung mit den Mitgliedern des Beirates. Die Verwaltung hatte ihnen den Raum 215 zur Verfügung gestellt, in dem es nicht viel mehr gab als einen Tisch und einen Stuhl. Andauernd kamen Beiratsmitglieder zu mir mit Forderungen, was alles fehlte und gemacht werden sollte. Ich war genau so neu und unerfahren wie sie, und auch in der Verwaltung und in den Ausschüssen wussten viele nicht so genau, was der Ausländerbeirat tut und tun darf.“ Dennoch entstanden zwischen Stephan Schäfer und dem Ausländerbeirat schnell freundschaftliche Kontakte, die in der von Unsicherheit geprägten Anfangszeit vieles erleichterten.

„Ansonsten hat die Kommunikation am Anfang überhaupt nicht funktioniert – weder mit der Verwaltung noch im Beirat. Viele Mitglieder verstanden nicht, dass das Kommunale im Vordergrund stehen sollte. Aber der gute Wille war auf beiden Seiten vorhanden – sonst hätte es nicht funktioniert“, sagt Sami Kont. Da laut damaliger Satzung nur der Sprecher und sein Vertreter an Ausschusssitzungen teilnehmen durften, beschloss man in der ersten Sitzung kurzerhand, 14 Stellvertreter zu wählen, erinnert sich Asgar Abbaszadeh und amüsiert sich noch heute über diesen pfiffigen Einfall. Tatsächlich beschränkte man sich bei der auf einen späteren Zeitpunkt vertagten Wahl, bei der Ikbal Berber zur Sprecherin bestimmt wurde, auf „nur“ vier StellvertreterInnen.

Kämpfen musste der Beirat auch um eine Mitarbeiterin, um die Geschäftsstelle besetzen zu können – schließlich wollte der Beirat auch Ansprechpartner sein für die Menschen, deren Interessen er vertrat. „Außerdem brauchten wir dringend jemanden, der die Sitzungen vorbereitete, wir selbst konnten schriftlich kaum etwas verfassen“, sagt Asgar Abbaszadeh. „Und wir wären an organisatorischen Dingen gescheitert“, ergänzt Sami Kont. Ausgeschrieben wurde von der Verwaltung schließlich eine halbe Stelle für eine „Schreibkraft“. „Was in meinem Vorstellungsgespräch den Ausschlag gab, war die Tatsache, dass ich 400 Zeichen pro Minute tippen konnte“, erzählt Veronika Kabis lachend. „Das zeigt, welchen Wert man der Arbeit in der Geschäftsstelle des Ausländerbeirates damals beimaß.“

Dem Duo Veronika Kabis – Stephan Schäfer gelang es schließlich, die „Unbill der Verwaltung abzufedern“, wie Schäfer selbst es umschreibt: „Ich kannte mich als ‚klassischer Beamter‘ mit den kommunalrechtlichen Fragen aus, Veronika Kabis war die Spezialistin für die inhaltliche Seite. So hatte der Beirat zwar keine Entscheidungsbefugnisse, konnte auf informeller Ebene aber Einiges bewegen.“

So drängte der Ausländerbeirat etwa mit Erfolg auf die Neubesetzung der Leitung der damals städtischen Ausländerbehörde, die mehrfach durch ungebührliches Verhalten gegenüber Nichtdeutschen aufgefallen war. Zur Vorstellung der neuen Bewerber wurde Sami Kont als Vertreter des Beirates hinzugezogen. „Dies kann man als unseren ersten politischen Erfolg werten“, so Kont. „Zuvor hatten wir gedroht, geschlossen zurückzutreten, wenn die Zustände in der Ausländerbehörde keine personellen Konsequenzen haben.“ Aber auch weltpolitische Themen griffen die Mitglieder des ersten Ausländerbeirates auf: „Wir haben versucht, Kommunal- und Weltpolitik miteinander zu verbinden, etwa im Bereich der Flüchtlingspolitik.“ So verabschiedete der Beirat im Februar 1991 eine

„Resolution zum Golfkrieg“ und bat das Innenministerium um eine Arbeitserlaubnis für 45 Studenten aus Kuwait, die durch den Golfkrieg von ihren Eltern nicht mehr finanziell unterstützt werden konnten.

Auch ganz praktische Dinge stieß der erste Ausländerbeirat an, etwa mit der Forderung, fremdsprachige Bücher für die Stadtbibliothek anzuschaffen, einen interkulturellen Kindergarten in Trägerschaft eines ausländischen Vereins einzurichten, oder die Patienten-Informationsbroschüre der „Kliniken der Stadt Saarbrücken – Winterberg“ ins Türkische, Italienische, Französische und Englische übersetzen zu lassen. Manches gelang, anderes nicht.

„Hilfreich war in jedem Fall, dass wir (Asgar Abbaszadeh, Ikbal Berber, Guglielmo Scandariato und ich) nicht für eine nationale, sondern für die ‚Internationale Liste‘ kandidiert haben“, ist Sami Kont überzeugt. So sei klar gewesen, dass es nicht darum ging, die Eigeninteressen bestimmter Gruppen zu vertreten, sondern nationenübergreifend für die gemeinsame Sache zu streiten.

Die 15 Mitglieder des ersten Ausländerbeirates – Menschen aus der Türkei, Jugoslawien, Frankreich, Iran und Italien – hatten Pionierarbeit geleistet. Viele von ihnen traten bei der Neuwahl 1994 nicht mehr an – aus Enttäuschung über die faktische Machtlosigkeit des Gremiums, andere, weil sie sich einbürgern ließen und – wie Ikbal Berber und Asgar Abbaszadeh – parteipolitisch aktiv wurden.



DIE ENTSTEHUNG VON AUSLÄNDERBEIRÄTEN IN DER BRD

Ausländerbeiräte gibt es in Deutschland seit den 1970er Jahren. Pionier war die Stadt Wiesbaden, die 1972 den ersten Ausländerbeirat der BRD gründete. Zahlreiche andere Städte folgten diesem Beispiel und schufen ebenfalls kommunale Interessensvertretungen für die nicht-deutsche Bevölkerung. Für das Gremium gab und gibt es nicht nur diverse Bezeichnungen (Ausländerrat, Ausländerparlament), sondern auch unterschiedliche Modelle im Hinblick auf Zusammensetzung, Aufgaben und Einflussmöglichkeiten. Doch schon in den 1970er Jahren entwickelten sich immer mehr Ausländerbeiräte von einem Gremium ohne wirkliche Einflussmöglichkeiten zu demokratisch legitimierten kommunalen Instanzen mit Mitbestimmungsrechten.

Ikbal Berber (2.v.l.) zu ihrer Zeit als Sprecherin des Ausländerbeirates Anfang der 1990er Jahre mit ihrem Nachfolger Abolghassem Chirinpour (l.), Asgar Abbaszadeh und Gabriele Langenstein von den Grünen.
(Foto: Archiv Integrationsbeirat)



„ICH BIN STOLZ DARAUF, IMMER NOCH IDEALE ZU HABEN“

Als Saarbrückerin mit türkischen Wurzeln geht es Ikbal Berber nicht um „Ausländerpolitik“, sondern um eine Politik, die die gesamte Gesellschaft voranbringt.

Mittwoch, 10 Uhr, Frühstückszeit im Café Einstein „Unter den Linden“: kaum ein Platz ist noch frei, Politiker, Journalisten, Touristen und wohl auch einige „normale“ Berliner bevölkern den langgestreckten Raum zwischen verspiegelter Wand und Fensterfront. An einem der ersten Tische gleich hinter dem Eingang sitzt Ikbal Berber. Eine Stunde hat sie zwischen zwei Terminen frei, gerade genug für einen Milchkaffee und einen kleinen Plausch.

Im Juli 2014 wurde Berber von der Bundesagentur für Arbeit für ein Jahr in die Hauptstadt entsandt, um die Beauftragte für Migration und Integration mit ihrem Know-how in Sachen Arbeitsmarktpolitik zu unterstützen. Eine Aufgabe, die sie gerne übernommen hat. „Ich fühle mich wohl in Berlin, freue mich aber auch wieder auf Saarbrücken, wo meine Familie lebt.“ Sie selbst ist nun vorübergehend am Prenzlauer Berg zu Hause und genießt in der überschaubaren Freizeit das Großstadtleben. Sport, Theater, Kino, Konzert, oder, oder, oder? „Ich kann mich manchmal einfach nicht entscheiden, es gibt hier so viel“, sagt Ikbal Berber lachend. Politisch aber weiß sie genau, was sie will, und sie weiß auch, wie viel Kraft und Geduld es kostet, andere zu überzeugen.

„Als wir mit unserer Arbeit als erster Saarbrücker Ausländerbeirat begannen, ging es erst einmal darum, unsere Rolle zu bestimmen, klar zu machen, dass wir ein politisches Gremium sind und es nicht unsere Aufgabe ist, ‚Sozialarbeit für Einzelfälle‘ zu machen“, erinnert sich Berber an ihre Zeit als Sprecherin des Beirates (1990 – 1991). „Natürlich haben wir uns auch Einzelfällen angenommen, allerdings immer mit Blick auf die grundsätzlichen Probleme. Wenn zum Beispiel ein Türke keine Wohnung fand, haben wir gefragt: ‚Warum?‘ und uns damit beschäftigt, in welchen Situationen Menschen, die anders aussehen oder sich anders anhören, diskriminiert werden.“ Dass „Ausländer“ sich einmischten in die Politik sei damals „ganz neu“ gewesen, erinnert sich Berber. Und dass sie als Türkin/Frau/Muslimin gegenüber politischen Entscheidungsträgern, Behörden und Ministerien selbstbewusst und energisch auftrat, habe „alle Vorurteile auf den Kopf gestellt“, ihr allerdings keineswegs überall „Bewunderung“ eingebracht, sondern vielfach auch zum Nachteil gereicht.

Kaum etwas ärgerte Ikbal Berber so sehr wie das Abgestempeltwerden als „die Ausländerfrau“, die für „die Ausländer“ eintritt. „Es ging und geht mir nicht um die Ausländer allein, sondern um den Zusammenhalt der Gesamtgesellschaft, von dem wir alle profitieren. Integration ist die Aufgabe aller!“ Daher sei es nach wie vor ihr Ziel, dass es keines separaten Gremiums wie des Integrationsbeirates mehr bedürfe. „Aber noch ist

die Politik nicht so weit. Deshalb ist dieses Gremium nach wie vor notwendig, ebenso wie gruppenspezifische Angebote, zum Beispiel für Menschen, die nicht gut Deutsch sprechen und unser Bildungssystem nicht kennen.“

Der Zeitpunkt, grundsätzliche Veränderungen für ein gleichberechtigtes Miteinander in Gang zu setzen, sei heute so günstig wie nie zuvor, ist Ikbal Berber überzeugt. „In der Gesellschaft gibt es – trotz Erscheinungen wie Pegida – eine große Bereitschaft, Menschen aus Krisengebieten aufzunehmen und zu unterstützen. Und auch die Wirtschaft sagt ja zu mehr Zuwanderung und besserer Integration.“

Diese „Gunst der Stunde“ gelte es zu nutzen, um gewisse Dinge auf den Weg zu bringen, vor allem im Bereich Bildung, die der Schlüssel zur Integration sei. „Für vieles von dem, was man tun müsste, um strukturell etwas zu ändern, wäre kein weltbewegendes Kapital erforderlich. In vielen Punkten würde schon eine Entscheidung genügen“, sagt Berber, und Beispiele dafür sprudeln nur so aus ihr heraus. „Erstens: Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, müssten sofort Zugang zu Deutschkursen bekommen. Zweitens: Junge Erwachsene, die einreisen und nicht mehr schulpflichtig sind, sollten durch Maßnahmen zur Berufsorientierung und des Spracherwerbs unterstützt werden, um ihnen weiterführende Abschlüsse zu ermöglichen und sie als Fachkräfte zu gewinnen. Drittens: Die Wirtschaft sucht händeringend Azubis, und wir leisten es uns, Studenten aus Drittstaaten, die ihr Studium aus welchen Gründen auch immer nicht zum Abschluss bringen, wieder zurückzuschicken, statt sie für eine Ausbildung zu gewinnen.“ Ganz wesentlich für Integration seien Vorbilder, die Kindern und Jugendlichen von Anfang an zeigen: ‚Wir gehören dazu und haben in dieser Gesellschaft Chancen‘. „Es hätte einen unglaublichen Wert für die Integration, wenn es mehr Erzieherinnen und

Lehrerinnen gäbe, die Fatma oder Aische heißen, und Kinder so erleben würden, dass das völlig normal ist. Überall im öffentlichen Leben müssten Menschen mit Migrationshintergrund sichtbar sein. Wenn wir das auf regulärem Wege nicht schaffen, muss vorübergehend eine Quote eingeführt werden“, so Berber, eigentlich keine Freundin von Quoten.

„Ihr Lebenslauf würde für drei Leben reichen“, so lautete die Überschrift eines Artikels über Ikbal Berber, der im Dezember 1993 in der Saarbrücker Zeitung erschienen ist. „In der Tat: wenn ich so zurückdenke, könnte ich einige Biographien füllen“, sagt sie selbst heute. „Und ich bin stolz darauf, immer noch Ideale zu haben und sie nicht aufzugeben!“, so ihre Zwischenbilanz nach rund drei Jahrzehnten Politik.

Auch jenseits der Politik hat Ikbal Berber noch viele Pläne. Einer davon ist ihr ein Herzensanliegen: die Bewahrung der arabischen Märchen, die ihre Tante ihr früher erzählte, und die nirgends schriftlich festgehalten sind. „Diese Märchen wurden immer nur mündlich tradiert. Und meine Tante ist eine der letzten Vertreterinnen der Generation, die sie kannte.“ Vor einigen Jahren nahm Ikbal Berber die Erzählungen ihrer Tante auf Kassette auf, um sie eines Tages aufzuschreiben und ins Deutsche und Türkische zu übersetzen. „Nicht, um sie zu veröffentlichen, sondern für meine Kinder und die Familie.“

„Wir haben eines mit Sicherheit erreicht: Es gehen keine Anträge, die die Ausländer betreffen, mehr in die Ausschüsse, ohne dass wir vorher dazu gehört werden.“

”

Ikbal Berber in der Zeitschrift „Forum“ (Februar 1994) über die wichtigsten Erfolge des ersten Saarbrücker Ausländerbeirates

DER MÜHSAME WEG BIS ZUR ERSTEN WAHL

Zur Vorgeschichte und Gründung des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt Saarbrücken

1989, als in Saarbrücken der erste Ausländerbeirat gewählt wurde, lebten in der saarländischen Landeshauptstadt 14.839 Ausländer, was 7,4 Prozent der Bevölkerung entsprach. Bis zur Schaffung des Ausländerbeirates gab es für sie keine Möglichkeit, ihre Interessen auf kommunalpolitischer Ebene zu vertreten. Politisch engagierte Saarbrücker ohne deutschen Pass aber gab es etliche. Einige von ihnen – darunter Asgar Abbaszadeh, Ivana Moser, Laura Pacilli, Giorgio Pagliuca, Necati Mert (zeitweise) und Abolghassem Chirinpour – gründeten im Juni 1985 die „Initiative Ausländerrat Saarbrücken“ mit dem Ziel, einen Ausländer(bei)rat für Saarbrücken durchzusetzen. Diese Initiative war es, die erstmals mit der Forderung nach der Schaffung eines kommunalen Partizipationsgremiums für Ausländer an die Stadt herantrat. Auch die Stadtratsfraktion der Grünen beschäftigte sich mit dem Thema. Sie hatte bereits im April 1985 zu einem Gespräch über die Bildung eines „Rates für ausländische Mitbürger“ eingeladen.

Im Juni 1985 fasste sich der Hauptausschuss des Saarbrücker Stadtrates erstmals mit Beteiligungsmöglichkeiten ausländischer Bürger/innen an kommunalen Entscheidungsprozessen. 1987 wurde von dem damaligen Oberbürgermeister Hans-Jürgen Koenig eine interfraktionelle Arbeitsgruppe „Ausländerpolitik“ eingesetzt, die die Aufgabe hatte, eine „praktikable Lösung“ zu erarbeiten.

Die wesentlichen inhaltlichen Vorarbeiten leisteten die Mitglieder der Initiative. Mit Unterstützung von Erika Trenz arbeiteten sie mehrere Entwürfe für eine Satzung des Ausländerbeirates aus, die Ende 1987 nach ausgiebigen Diskussionen endlich stand. In dieser Zeit stieß auch Sami Kont zu der Initiative,

die am 18. April 1988 den Verein „Gleiche Rechte – Verein für die Durchsetzung politischer Rechte für Ausländer e.V.“ gründete. „Der Verein setzt sich dafür ein, daß die ausländische Bevölkerung einen Ausländerrat wählen kann“, heißt es in der Satzung zu den Zielen des Vereins. Der Verein setzte sich darüber hinaus „für das kommunale Wahlrecht für Ausländer“ und eine entsprechende Änderung des Kommunalverwaltungsgesetzes (KSVG) ein, „wofür eine 2/3 Mehrheit im saarländischen Landtag zustande kommen müsste“.

Die gesetzliche Grundlage für die Einrichtung eines Ausländerbeirates schuf der Saarländische Landtag am 18. Januar 1989 mit dem neuen Paragraph 50 des KSVG, das den Status und die Arbeit von direkt gewählten Ausländerbeiräten im Saarland regelte. Durch diese institutionelle Verankerung galten für die Tätigkeit des Ausländerbeirates weitestgehend die Vorschriften über die Ausschüsse im KSVG. Zugeworfen wurden dem Gremium Antrags-, Anfrage-, Informations- und Rederechte im Stadtrat, den Ausschüssen und den Bezirksräten. Somit erhielt er das Recht, sich mit allen Selbstverwaltungsangelegenheiten zu befassen, die die Belange der ausländischen Bevölkerung der Stadt betreffen.

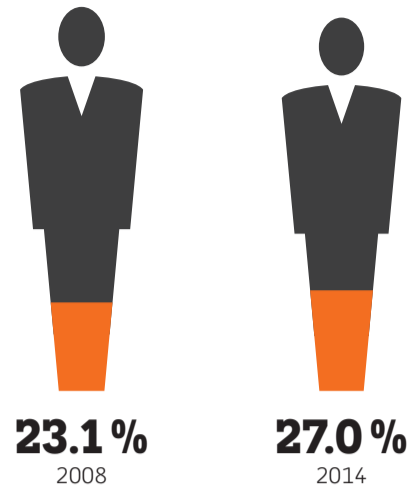
Die Satzung für den Saarbrücker Ausländerbeirat wurde am 9. Mai 1989 vom Stadtrat beschlossen. Nun konnten die Vorbereitungen für die erste Wahl am 29. Oktober 1989 beginnen – eine Mammutaufgabe, wie aus den inzwischen im Stadtarchiv befindlichen Sitzungsunterlagen hervorgeht.

Regelmäßig trafen sich Mitarbeiter der Stadtverwaltung (darunter Raimund Hirschfelder, Verwal-

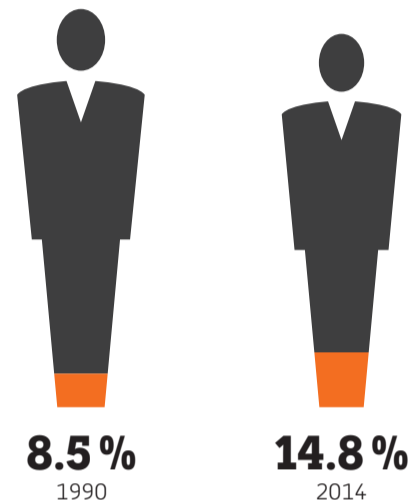
tungsdezernent im Hauptdezernat, Stephan Meßner, Hauptamtsleiter, Albert Graef, Abteilungsleiter Ratsangelegenheiten, und Gerd Schank, Mitarbeiter des Wahlamtes) mit dem vom Verein „Gleiche Rechte“ bestimmten Organisationskomitee. Mitglieder des Organisationskomitees waren Ahmed Kadas, Santiago Cabrera, Jorgos Pallis, Giuseppe Di Marco. Auch Asgar Abbaszadeh, Sami Kont und Laura Pacilli nahmen an etlichen Sitzungen teil, engagierten sich jedoch nicht im Komitee, da sie – ebenso wie Ikbal Berber – auf der „Internationalen Liste“ selbst für den Ausländerbeirat kandidierten.

Bei den Vorbereitungstreffen wurde eine Reihe von Informationsveranstaltungen geplant, die am 16. September 1989 mit einer „Grundinformationsveranstaltung“ im Saarbrücker Schloss eröffnet wurde. Außerdem wurden ein Wahlplakat und eine mehrsprachige Infobroschüre „Gemeinsam leben – gemeinsam gestalten“ gedruckt und über Pressearbeit und Werbung in Bussen dafür gesorgt, dass möglichst viele ausländische BürgerInnen von der bevorstehenden Wahl erfuhren.

Am 29. Oktober 1989 war es endlich so weit: im Rathaus Saarbrücken, in der Turnhalle Brebach-Fechingen und weiteren Wahllokalen in anderen Stadtteilen nutzten 22,6 Prozent der insgesamt 11.452 Wahlberechtigten die Chance, ein kommunalpolitisches Gremium als „Interessenvertretung für politische, kulturelle und soziale Belange“ (Satzung § 3) der ausländischen Bevölkerung Saarbrückens in direkter Wahl zu bestimmen. Damit wurde bei der ersten Saarbrücker Ausländerbeiratswahl die mit Abstand höchste Wahlbeteiligung in der Geschichte des Gremiums erzielt (s. Seite 8).



Personen mit Migrationshintergrund in Saarbrücken



Personen mit ausländischem Pass in Saarbrücken



Stephan Schäfer, Ingeborg Frost-Benzian, Christine Mhamdi, Abolghassem Chirinpour, Giovanni Corallo und Asgar Abbaszadeh bei der Vorstellung des Plakats zur Wahl 1994 (Repro: Stadtarchiv Saarbrücken)

IN DER INTERKULTURELLEN WELT ZU HAUSE

Ihre roten Lippen sind für ein herzliches Lachen wie geschaffen, und nicht nur bei den Klamotten mag es Christine Mhamdi gerne schön bunt. Ob älter oder jünger, weiß, braun oder schwarz: Christine Mhamdi hat privat einen „sehr heterogenen Freundeskreis“ und auch beruflich gern und viel mit ganz unterschiedlichen Menschen zu tun. Die Selbstverständlichkeit, mit der sie Frauen und Männern aus unterschiedlichsten Kulturkreisen begegnet, führt Christine Mhamdi nicht zuletzt auf ihre persönlichen Erfahrungen in der Familie zurück.

„Mein Vater stammt aus Ostberlin, meine Mutter aus Thüringen. Die Ferien habe ich oft in der Ex-DDR oder in der französischen Schweiz bei meiner älteren Schwester verbracht.“ Ein Teil ihrer Familie war während des Krieges nach Brasilien emigriert, und in ihrer Verwandtschaft sind unterschiedlichste Nationalitäten vertreten. „Für mich war das, was für andere nicht unbedingt zum Alltag gehört, schon als Kind völlig normal“, sagt Mhamdi. Sie selbst wird wegen ihres Aussehens und Temperamentes oft für eine Südländerin gehalten. „Schon als Studentin wurde ich oft auf

Spanisch oder Portugiesisch angesprochen“, erzählt Mhamdi. Die Begegnung mit Menschen aus aller Welt ist für sie einerseits etwas ganz Normales, andererseits aber auch eine große Bereicherung.

„Ich reise sehr gerne, war mehrfach in Ägypten, Tunesien und Mali / Westafrika. Das war für mich eine ganz besondere Erfahrung, die einige Dinge in meiner Wahrnehmung zurechtgerückt hat. Zum Beispiel unsere Vorstellung von Lebensqualität, die dort ganz anders, positiv besetzt ist, weil die Menschen in Mali viel mehr als wir im ‚Hier und Jetzt‘ leben. Diese positive Haltung zum Leben, obwohl die Leute dort viel mehr Grund hätten, sich zu beklagen, hat meinen Horizont erweitert.“

Neben dem vielen Schönen, was es in der Welt zu entdecken gibt, weiß Christine Mhamdi aber auch um das Elend, in dem Menschen in Kriegsgebieten und armen, von Hunger, Klimakatastrophen und Seuchen heimgesuchten Ländern leben.

Das Leid der Flüchtlinge und wie es in der Öffentlichkeit dargestellt wird, empfindet sie als bitter: „Ich erlebe hautnah, was mit diesen Menschen passiert,

mit welchen Vorurteilen sie konfrontiert sind, wie sehr sie um ihr Dasein kämpfen und wie sie ihren Familien verbunden sind. Niemand verlässt leichtfertig seine Heimat, und es lässt mich verzweifeln, wenn so getan wird, als kämen diese Menschen zu uns, um zu leben wie die Made im Speck.“

Den Kopf in den Sand stecken ist Mhamdis Sache jedoch nicht: „Ich versuche, gegen Vorurteile anzukämpfen, sei es privat über Facebook oder im Beruf durch die Entwicklung von Projekten des Zuwanderungs- und Integrationsbüros. Für mich ist das mehr als eine Arbeit, es ist eine Leidenschaft.“

Mit dieser Leidenschaft gelang es Christine Mhamdi während ihrer Tätigkeit als Geschäftsführerin des Ausländerbeirates, auch andere zu begeistern und die Beiratsmitglieder zu teils außergewöhnlichen Aktionen zu motivieren. Prominentestes Beispiel: die Plakattaktion anlässlich der neuen Zuwanderungsgesetzgebung, die im Jahr 2000 mit Tiermotiven bundesweit Aufsehen erregte.

„DER AUSLÄNDERBEIRAT HAT EINIGES BEWEGT!“

Ein Gespräch mit der ehemaligen Geschäftsführerin Christine Mhamdi über ihre Erfahrungen mit den Saarbrücker Ausländerbeiräten von 1993 bis 2009



Christine Mhamdi während einer Ägypten-Reise.
Foto: privat

Sie haben viele Jahre die Geschäfte des Beirates geführt. Wie würden Sie Ihre Funktion und Ihre Aufgaben in dieser Position beschreiben?

Ich habe quasi die Brücke geschlagen zwischen den Ehrenamtlichen, der Verwaltung und der Politik – das war durchaus ein Spagat. Denn natürlich gibt es in einer Verwaltung ein „Korsett“ – vorgegebene Strukturen, an die man sich halten muss. Das konnten die Mitglieder zum Teil schlecht nachvollziehen. Ich sah es außerdem als meine Aufgabe an, Vorschläge zu machen, eine Auswahl an Ideen zu bestimmten Themen zur Verfügung zu stellen und aufzuzeigen, was möglich ist. Die Mitglieder trafen dann die Entscheidung, was auf welche Weise realisiert werden soll.

Über welche Erfolge des Beirates haben Sie sich besonders gefreut?

Der Ausländerbeirat hat einiges bewegt. Aber sein Erfolg ist nicht in Zahlen zu messen. So hat sich etwa das Ansehen des Gremiums innerhalb der Verwaltung enorm verändert: der Beirat wird ernst genommen, seine Argumente kommen in der politischen Debatte zum Tragen, und er wird zu bestimmten Themenbereichen befragt, in denen er besondere Kompetenzen hat. In der Anfangszeit war daran nicht zu denken, inzwischen ist das fast selbstverständlich geworden.

In den Ausländerbeiräten waren Menschen aus unterschiedlichsten Nationen vertreten. Gab es auch innerhalb des Beirates manchmal „interkulturelle Kommunikationsprobleme“?

Es war in der Tat oft nicht einfach, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen, und es gab auch recht heftige Auseinandersetzungen. Aber das ist ja selbst in den Parteien so, obwohl die Mitglieder dort alle mehr oder weniger dieselbe „Stoßrichtung“ haben. Die Zusammensetzung von Ausländerbeiräten ist sehr heterogen, sowohl im Hinblick auf die Nationalitäten und die kulturelle Herkunft der Mitglieder als auch auf ihr Alter, ihre Aufenthaltsdauer in Deutschland und ihr Demokratieverständnis. Auch bei den Sprachkenntnissen gab es eine große Spannweite von rudimentär bis exzellent. Aber alle Mitglieder waren angetreten, um etwas zu bewegen, und haben sich deshalb trotz aller Unterschiede verständigen können.

Entstand durch diese politische Arbeit auch so etwas wie ein Gemeinschaftsgefühl?

Vor allem in der Anfangszeit spielten gemeinsame Aktivitäten und Feste eine wichtige Rolle. Ich erinnere mich zum Beispiel an ein Grillfest im Deutsch-Ausländischen Jugendclub, an unsere Weihnachtsfeiern oder an das Kochbuch mit ganz persönlichen Geschichten und Rezepten, das wir im Dezember 1994 herausgegeben haben. Zur Kochbuch-Vorstellung haben wir

in einem Restaurant in der Betzenstraße ein Essen veranstaltet und jeder, der kam, konnte sich an eine lange Tafel setzen und sich von uns bewirten lassen. Ich weiß noch, dass mich dieser Abend wahnsinnig Nerven gekostet hat (lacht), weil bis zum Schluss gar nicht feststand, wer was kocht und alle nach und nach mit ihren Zutaten ankamen. Kofi Osei-Kuffour hatte ein Rezept für Erdnussuppe aus seiner Heimat Ghana beigesteuert, das ich erstmal auf eine „normale“ Familiengröße runterrechnen musste, weil er enorme Mengen angegeben hatte... Das hat wirklich Spaß gemacht damals, und das Buch hat sich auch gut verkauft!

Ist der Integrationsbeirat – wie manche Kritiker meinen – ein „zahnloser Tiger“ oder hat er die Möglichkeit, in der Kommunalpolitik mitzureden?

Der Beirat hat nach wie vor die Chance, einen Fuß in die Tür zu bekommen, mit Politikern zu reden, im Gespräch zu bleiben, zu protestieren und mitunter auch mit unkonventionellen Mitteln Öffentlichkeit herzustellen. Diese Chance kann und sollte der Integrationsbeirat nutzen. Natürlich steht und fällt der Erfolg der Arbeit mit dem Engagement der Mitglieder. Das ist nicht ganz einfach, denn es kommen immer wieder neue Mitglieder dazu, und nicht alle verfügen über politische Erfahrungen. Der Prozess, sich einzufinden und innerhalb der politischen Strukturen wirkungsvoll zu agieren, braucht Zeit und einen langen Atem.

MIT IRONIE UND HUMOR GEGEN FREMDENHASS UND RASSISMUS

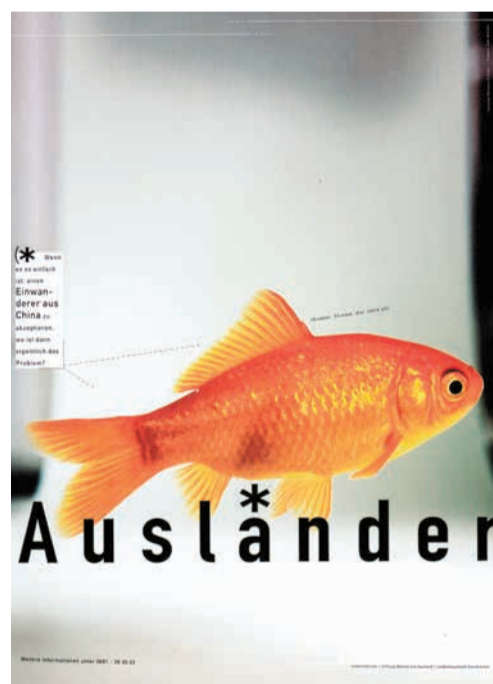
Selten sorgte eine Plakataktion in Saarbrücken für solch ein Aufsehen. Als der Ausländerbeirat am 19. Dezember 2000 begann, mit großformatigen Haustiermotiven gegen Ausländerfeindlichkeit zu protestieren, stand das Telefon im Büro der Beiratsgeschäftsstelle nicht mehr still, E-Mails und Post kamen aus der gesamten Bundesrepublik, Luxemburg, Belgien und Frankreich. „Täglich riefen Leute an und baten darum, eines der Plakate zu bekommen – Privatleute vom Arbeiter bis zum Professor, aber auch Schulen, Ausländerorganisationen und andere Institutionen“, erinnert sich die damalige Geschäftsführerin, Christine Mhamdi. So bat etwa der Ausländerbeirat Trier um ein größeres Kontingent, um die Plakate in den städtischen Bussen auszuhängen, der Ausländerbeauftragte von Sontho-

fen erhielt auf Wunsch 90 Plakate, die er vor Ort an Schulen verteilte. Die Resonanz war so überwältigend, dass sich der Ausländerbeirat nach Abschluss der Kampagne entschloss, sie in einer eigenen Publikation zu dokumentieren.

Im Vorfeld hatte die Idee, mit bei den Deutschen so beliebten „Ausländern“ wie Wellensittich („Hansi, Australier, fünf Jahre alt“), Goldfisch („Blubber, Chinese, drei Jahre alt“) und Hamster („Fred, Syrer, zwei Jahre alt“) für eine ebenso freundliche Aufnahme zugewanderter Menschen zu werben, im Ausländerbeirat für heftige Diskussionen gesorgt. Als Ivica Maksimovic, Inhaber der Agentur Maksimovic, seine Plakatentwürfe erstmals präsentierte, schlugen die Wellen hoch: Während die

einen es dem Betrachter zutrauten, die Ironie der Motive zu verstehen, fanden andere Beiratsmitglieder den „Vergleich“ von Tieren und Menschen geschmacklos. „Mir war klar: wenn diese Plakate schon bei uns für eine solch kontroverse Debatte sorgen, dann müssen wir diese Kampagne unbedingt machen!“, so Mhamdi.

Maksimovic Plan, „dem Negativen nicht mit Schulweisheiten zu Leibe zu rücken, sondern mit Humor und Witz“ zum Nachdenken anzuregen, ging auf. Die Plakate dürften inzwischen Seltenheitswert haben: nach einer kleinen Neuauflage der Kampagne im Jahr 2013 gibt es in der Geschäftsstelle heute nur noch einige wenige Belegexemplare.



DIE PLAKAT-AKTION IN ZAHLEN

Ab 19. Dezember 2000 hingen die Plakate im DIN A2-Format auf den Plakatwänden von Werbe Fabry. Vom 23. Januar bis 19. März 2001 waren 120 großformatige Plakate in den Info-Schaukästen der Stadt zu sehen. Insgesamt gab es 1.500 Plakate in DIN A2-Größe und 150 im Großformat. Ab Mitte April 2001 waren zudem 12.000 Postkarten mit den Plakatmotiven im Umlauf.



Hajo Hoffmann (rechts vorne) hat die Arbeit des Ausländerbeirates über Jahre begleitet und unterstützt. Die Aufnahme entstand während einer Sitzung in Raum 126 des Rathauses St. Johann.
Foto: Archiv Integrationsbeirat



DIE „SÜSSMUTH-KOMMISSION“

Von November 2000 bis Juli 2001 erarbeitete die Zuwanderungskommission im Auftrag der Bundesregierung Empfehlungen für eine neue Ausländer- und Zuwanderungspolitik. Die Kommission unter Vorsitz der früheren Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) bestand aus 21 Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und gesellschaftlichen Gruppen. In ihrem 300-seitigen Konzept „Zuwanderung gestalten – Integration fördern“ forderte sie ein „Gesamtkonzept, das klare Ziele festlegt: humanitärer Verantwortung gerecht werden, zur Sicherung des Wohlstandes beitragen, das Zusammenleben von Deutschen und Zuwanderern verbessern und Integration fördern.“

„DEUTSCHLAND BRAUCHT ZUWANDERINNEN UND ZUWANDERER“

Ein Gespräch mit Hajo Hoffmann, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Saarbrücken (1991 – 2004), Präsident des Deutschen Städtetages (1999 – 2002) und Mitglied der Zuwanderungskommission der Bundesregierung (2000 – 2001)

Während Ihrer Amtszeit als Saarbrücker Oberbürgermeister haben Sie die ersten drei Ausländerbeiräte miterlebt. Wie hat sich das Gremium in dieser Zeit Ihrer Wahrnehmung nach (weiter-) entwickelt?

In der Anfangszeit hatte ich den Eindruck, dass die engagierten Leute hauptsächlich aus dem Bereich der früheren Migranten kamen. Es gab einen hohen Anteil an Italienern und relativ wenige Beiratsmitglieder aus afrikanischen oder asiatischen Staaten. Mit den Italienern war das eine ganz eigene Sache, weil sie zum großen Teil schon ziemlich gut integriert waren. Dadurch war die Verständigung relativ einfach. Später gab es von den Nationalitäten her eine größere Auffächerung.

Inwiefern hat sich der Status des Gremiums innerhalb der Stadtpolitik und -verwaltung gewandelt?

In der Anfangszeit war der Ausländerbeirat für viele – auch im Stadtrat – ein Zugeständnis an eine bundesweite Entwicklung, aber so ganz ernst genommen wurde er nicht immer. Dadurch hatte er zunächst eine gewisse „Außenseiterposition“. Das hat sich im Laufe der Zeit geändert, und die Funktion des Beirates wurde mehr und mehr anerkannt. Am Anfang war der Rat auch mit den finanziellen Mitteln, die er zur Verfügung stellte, sehr restriktiv. Das hat sich nachher etwas gelockert.

Gibt es Aktionen oder politische Initiativen des Beirates, die Ihnen besonders in Erinnerung geblieben sind?

Zunächst einmal habe ich mich darüber gefreut, dass mich Mitglieder des Ausländerbeirates angesprochen haben. Es gab einige, die häufig das Gespräch gesucht haben. Das war das Eigentliche, was mich überrascht hat: diese Offenheit in der Kommunikation. Die Möglichkeit, miteinander zu reden, haben sie genutzt, und das fand ich sehr gut!

In Ihrer damaligen Funktion als Präsident des Deutschen Städtetages waren Sie Mitglied der Zuwanderungskommission (nach ihrer Vorsitzenden, Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, kurz „Süßmuth-Kommission“ genannt). Zwei der zentralen

Botschaften des Konzeptes „Zuwanderung gestalten – Integration fördern“, das die Kommission im Juli 2001 vorlegte, lauteten: „Faktisch ist Deutschland seit langem ein Einwanderungsland“ und „Deutschland braucht Zuwanderinnen und Zuwanderer“. Hat diese Erkenntnis im Bewusstsein von Politik und Bevölkerung etwas verändert?

Ich glaube, dass unsere Gesellschaft in dieser Frage noch immer sehr polarisiert ist: es gibt eine zunehmend größere Gruppe von Menschen, die akzeptieren, dass wir ein Einwanderungsland sind, aber es gibt eben auch diejenigen, bei denen ich vermute, dass ihre ablehnende Haltung eher eine „Verschiebung von Ängsten“ ist. Die meisten Teilnehmer haben „Pegida“-Demonstrationen dort, wo es kaum Ausländer gibt. Daran kann man erkennen, dass sie nicht wirklich Angst vor „Überfremdung“ haben können, sondern das Thema „Ausländer“ als Vehikel ihrer sonstwie verursachten Ängste oder Minderwertigkeitsgefühle nutzen. Wir haben in Deutschland noch immer größere Bevölkerungsgruppen, bei denen dieses Phänomen festzustellen ist. Auf der anderen Seite gibt es eine große Solidaritätsbewegung von Menschen, die sich gegen ausländerfeindliche Stimmungsmache positionieren. Das stimmt mich optimistisch.

Das Zuwanderungsgesetz, das am 5. August 2004 verkündet wurde und am 1. Januar 2005 in Kraft trat, schuf kaum neue Möglichkeiten für eine Einwanderung nach Deutschland, selbst der Begriff „Einwanderung“ wurde im Gesetzestext vermieden. Hat Sie das enttäuscht?

Ja. Die Diskussion in der Süßmuth-Kommission war sehr viel offener als die, die in Gesellschaft und Politik – auch im Bundestag – geführt wurde. Wir hatten in der Kommission eine sehr breite Zusammensetzung – sowohl politisch, als auch von den Fachgruppierungen her. Trotzdem konnten wir relativ viele Gemeinsamkeiten sehr schnell entwickeln. Ich hatte geglaubt, dass wir so über Parteien und Interessensgruppen hinweg einen Konsens erreichen können. Das war aber nicht der Fall. Wir haben zwar einen Bericht verabschiedet, der für die damalige Zeit recht progressiv war, aber es ist wenig daraus gefolgt. Das war schon frustrierend.

Die „Süßmuth-Kommission“ hatte sich – auch mit Blick auf den demographischen Wandel und die drohende Gefahr des Fachkräftemangels – für eine gezielte Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte ausgesprochen. Unter anderem sollten 20.000 jüngere, gut qualifizierte Ausländer die Möglichkeit erhalten, sich über ein Punktesystem für die dauerhafte Einwanderung zu qualifizieren, 10.000 junge Ausländer sollten für eine Berufsausbildung angeworben werden. Hat das Zuwanderungsgesetz in dieser Richtung etwas bewegt?

Es hat sich etwas getan, aber ich finde, viel zu wenig. Wobei ich sagen muss, dass ich ein zwiespältiges Gefühl dabei habe, wenn man sich nur um qualifizierte Zuwanderer bemüht. Im Prinzip ist das eine Art von Imperialismus. Ich will das deutlich machen an der jetzigen Situation der Spanier, Portugiesen und Griechen: dort gibt es viele junge Leute, die eine gute Ausbildung haben, die für ihr Land wichtig sind und nun zu uns kommen, weil sie zu Hause keine Arbeit finden. Wir als deutscher Staat, als Gesellschaft, bekommen sie zum „Nulltarif“, müssen allenfalls eine ergänzende Ausbildung finanzieren. Natürlich kann es nicht nur für uns, sondern auch für diese jungen Leute ein Vorteil sein bei uns Berufserfahrungen zu sammeln. Aber der zweite Teil der Story muss eigentlich sein, dass ein Großteil dieser Menschen wieder in ihre Heimatstaaten zurückgeht und das, was sie an Know-how in der Praxis erworben haben, dort einbringen.

Einige Änderungen gab es durch das Zuwanderungsgesetz im Flüchtlingsrecht, das den Status als Flüchtling nun nicht mehr nur bei staatlicher, sondern auch bei Verfolgung durch Parteien, Organisationen, nichtstaatliche Akteure sowie geschlechtsspezifischer Verfolgung gewährt. Rund zwei Drittel der Regelungen des Aufenthaltsgesetzes wurden jedoch weitgehend unverändert aus dem früheren Ausländergesetz übernommen, so etwa die Regelungen über die Ausweisung oder zur Durchsetzung der Ausreisepflicht. Die Süßmuth-Kommission hatte angemahnt, der „humanitären Verantwortung gerecht zu werden“ – wird die aktuelle Rechtslage dem gerecht?

Das kommt auf die Maßstäbe an, die man zugrunde legt. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sind wir sicher nicht schlecht. Wenn ich von meinen politischen Vorstellungen ausgehe, finde ich, dass wir extrem eng sind. Andere Staaten wie Italien sind von der Flüchtlingsproblematik sehr viel stärker betroffen, als wir. Dort landen sehr viele Menschen, und wir führen hier eine riesige politische Diskussion über die Aufnahme von einigen 10.000 Flüchtlingen. Das ist in der Relativität nicht in Ordnung. Und wie sich die Europäische Gemeinschaft – und damit auch: wie wir uns – gegenüber Flüchtlingen verhalten, die über das Mittelmeer kommen, finde ich geradezu schäbig.

In Saarbrücken demonstrierten am 12. Januar 2015 rund 300 „Saargida-Anhänger“ – überwiegend aus der NPD und Neonazi-Szene – gegen eine

„Islamisierung des Abendlandes“, zur Gegendemo „Bunt statt Braun“ kamen 9.000 Menschen. Ist Saarbrücken eine vergleichsweise weltoffene Stadt, in der es eine „Kultur des Miteinanders“ gibt?

Ich war froh, mit dabei zu sein bei den 9.000! Ich habe mich da sehr wohl gefühlt. Wenn eine Stadt wie Saarbrücken ebenso viele oder annähernd so viele Menschen für eine solche Demonstration aktivieren kann, wie wesentlich größere deutsche Städten, dann finde ich, dass wir damit ein positives Zeichen gesetzt haben! In Saarbrücken leben relativ viele Menschen mit Migrationshintergrund, und ich habe den Eindruck, dass wir hier keine latent aggressive Stimmung haben.

Welchen Beitrag haben die Mitglieder der Ausländer-/ Integrationsbeiräte, aber auch die ausländischen Vereine und Kulturschaffenden dazu geleistet?

Deren Bemühungen spielen eine ganz große Rolle. Viele der Migranten, die zum Teil schon in zweiter oder dritter Generation hier leben, sind gut integriert und haben einen großen Beitrag dazu geleistet, dass Saarbrücken eine recht offene Stadt ist.

Trotz dieses Engagements von Migranten gibt es noch immer Menschen, die nicht gut integriert wurden. Wurde in den vergangenen Jahrzehnten etwas versäumt?

Dem Erwerb der deutschen Sprache wurde zu wenig Bedeutung beigemessen. Das hätte man wesentlich offensiver vorantreiben müssen, um durch eine Integration in den Sprachraum eine Integrationsfähigkeit herzustellen. Die Menschen, die zu uns kommen, um für längere Zeit oder dauerhaft zu bleiben, sollten meines Erachtens stärker dazu angehalten werden, Deutsch zu lernen. Das bedeutet natürlich, dass der Staat dafür auch die entsprechenden Mittel bereitstellen müsste.

Zweitens verstehe ich nicht, weshalb wir den Zugang zum Arbeitsmarkt noch immer noch so strikt reglementieren. Das ist nicht einzusehen, denn die Befürchtung, dass durch die Erteilung einer Arbeitserlaubnis für Ausländer Arbeitsplätze verlorengehen, ist unbegründet. In den neuen Bundesländern ist der Ausländeranteil so gering, dass er keinerlei Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat, und bei uns ist die Situation so, dass wir Jugendliche brauchen, die eine Ausbildung machen und auch Menschen brauchen, die bereit sind, in Berufen zu arbeiten, in denen wir schon jetzt personelle Engpässe haben. Bei der Versorgung älterer Menschen zum Beispiel hätten wir schon heute ein großes Problem, wenn wir keine ausländischen Arbeitskräfte hätten.

„Integration ist eine dauerhafte politische und gesellschaftliche Aufgabe, die alle im Land lebenden Menschen betrifft.“



aus dem Bericht der Süßmuth-Kommission von 2001

„DARÜBER KÖNNTE ICH MICH WEISS ÄRGERN!“

Während seiner Tätigkeit als Sprecher des vierten Saarbrücker Ausländerbeirates (2004 - 2009) und des ersten Integrationsbeirates (2009-2014) hat Mohamed Maiga „von der Pike auf“ gelernt, wie Kommunalpolitik funktioniert. Hätte es mit seiner Einbürgerung rechtzeitig geklappt, wäre er bei der Stadtratswahl 2014 wohl als Kandidat für die „Schwarzen“ angetreten.

Mohamed Maiga war von 2004 - 2014 Sprecher des Saarbrücker Ausländer- / Integrationsbeirates. Seit 2012 ist er Mitglied der Härtefallkommission der saarländischen Landesregierung und - seit Januar 2014 - Geschäftsführer des Dachverbandes der saarländischen Integrationsbeiräte (SIR). Zusätzlich nahm der studierte Elektrotechniker 2010 ein Jurastudium an der Universität des Saarlandes auf.
Foto: Sadija Kavgić



Mohamed Maiga ist so etwas wie ein Paradebeispiel für gelungene Integration. Mehr noch: in Vielem, was er sagt und tut, ist er ein „Musterdeutscher“ wie aus dem Bilderbuch - politisch und ehrenamtlich engagiert, kommunikativ, rhetorisch versiert, ein Familienvater mit klaren Vorstellungen von Werten, für die er eintritt, ein Mann, der beruflich vorankommen, für sich und andere etwas bewegen will. Zugleich aber auch einer, dem es sichtlich Freude macht, vermeintliche Tabuzonen „urdeutscher“ Institutionen zu durchbrechen, der durch seinen erkennbaren Willen, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, deren Integrationsbereitschaft auf die Probe stellt, und dabei bisweilen positiv überrascht wird.

Zum Beispiel von der Freiwilligen Feuerwehr Saarbrücken, deren Tatkraft er beim „Jahrhunderthochwasser“ 1993 bewunderte. „Als ich sah, wie effizient die Feuerwehrleute arbeiten, dachte ich mir: das muss ich auch können, wenn ich nach Afrika zurückgehe“, erzählt Maiga, der 1990 aus seiner Heimat Mali nach

Saarbrücken gekommen war - ursprünglich mit der Absicht, hier Elektrotechnik zu studieren und dann wieder nach Hause zurückzukehren. Zu Hause, das ist für Mohamed Maiga, seit vorigem Jahr deutscher Staatsbürger, längst Saarbrücken. Hier hat er Frau und Kinder, und hier erfuh er, dass (nicht nur) die Freiwillige Feuerwehr weltoffener ist, als er zu träumen gewagt hätte.

„Jahrelang hatte ich den Wunsch, zur Feuerwehr zu gehen, aber erst 1997 fasste ich am ‚Tag der offenen Tür‘ endlich den Mut, es wirklich zu tun“, erzählt Maiga. Obwohl Menschen mit dunkler Hautfarbe bei der Feuerwehr noch seltener anzutreffen sind als Menschen mit weiblichen Kurven, fühlte er sich gleich willkommen. Nachdem er an einigen Übungen teilgenommen hatte, stand der Aufnahme in die Freiwillige Feuerwehr Saarbrücken nichts mehr entgegen. Und als seine Aufenthaltserlaubnis im Saarland nach erfolgreichem Studium auf der Kippe stand, bewiesen die Feuerwehrleute durch lautstarke Proteste, dass er einer von ihnen geworden war, einer, für den sich alle einsetzen, wenn es drauf ankommt. „Diese positive Energie hat mir viel gegeben“, sagt Mohamed Maiga. „Kollegen von der Feuerwehr haben mich unterstützt, zu sich nach Hause eingeladen.“ Bis 2006 blieb er bei der Feuerwehr, parallel dazu begann er 2002 als Mitglied des Ausländerbeirates seine politische Karriere. 2004 wurde Maiga - als Nachfolger von Abdullah Ben - zum Sprecher des Beirates gewählt und behielt dieses Amt bis 2014 inne. Zur Wahl des zweiten Integrationsrates trat Mohamed Maiga nicht mehr an: „Nach zehn Jahren als Sprecher war es an der Zeit, dass jemand anderes diese Funktion nutzt, um seine Ideen einzubringen“, begründet Maiga diese Entscheidung. Außerdem war für ihn nun der Moment gekommen, in die „richtige“ Kommunalpolitik einzusteigen und sich als Kandidat für die Stadtratswahl 2014 aufstellen zu lassen - ein Vorhaben, das an der rechtzeitigen Einbürgerung gescheitert sei.

Doch warum, bitteschön, findet ein Saarbrücker mit afrikanischen Wurzeln ausgerechnet in der CDU seine politische Heimat? „Weil ich ein konservativer Mensch bin“, so Maigas Antwort. „Außerdem gibt es viele andere, ganz praktische Gründe für diese Entscheidung. Damals, als ich die Fraktionen als Sprecher des Ausländerbeirates aufgefordert habe: ‚Kümmert Euch um uns!‘, war die CDU die einzige Partei, die auf mich zugekommen ist. Das klingt komisch, aber es war so.“ Doch es waren auch handfeste inhaltliche Übereinstimmungen, die Maiga zu den „Schwarzen“ zog und nicht etwa zu den „Grünen“, den „Gelben“ oder den „Roten“. Familie, Sicherheit, Religion sind für Maiga wichtige Themen, und er glaubt, dass die Christdemokraten nicht nur - wie es der Parteiname nahelegt

- für eine bestimmte Religion eintreten, sondern für Religionen ganz allgemein als „Wertekanon“, der für das Zusammenleben grundlegende Regeln aufstellt. Dass ein solcher Wertekanon eine große Bedeutung hat, so Maiga, darin seien sich Christen und Muslime einig. „Weiß ärgern“, könne er sich daher über gut gemeinte aber falschverstandene „Integrations Signale“, die eine Verwässerung der Religionen und Kulturen zur Folge hätten - etwa die „Umfunktionierung“ von Sankt Martinsumzügen zu sogenannten „Lichterfesten“ in manchen Kitas.

Einen hohen Stellenwert misst Mohamed Maiga auch dem ehrenamtlichen Engagement bei, das seine eigene Biographie stark geprägt hat. „Ich war schon als Student sehr aktiv, unter anderem habe ich das Studienbegleitprogramm „STUBE“ der Evangelischen Studierendengemeinde und der Katholischen Hochschulgemeinde der Universität des Saarlandes mitbegründet“, erzählt Maiga. „Dort habe ich zum ersten Mal erfahren, dass wir ‚Ausländer‘ eine Stimme haben, und dass man auch auf uns hört.“ Diese Möglichkeit nutzte er ab 1997 auch als Generalsekretär der „Union der afrikanischen Studierenden im Saarland“ (UASS) und als Arbeitsgruppenleiter zum Thema „Soziale Fragen“ des aus der UASS hervorgegangenen, bis heute sehr aktiven Vereins „Haus Afrika“. Durch die ehrenamtliche Arbeit und sein Engagement im Ausländer- / Integrationsbeirates ist Maiga zu der Erkenntnis gelangt, dass es sich lohnt, für seine Ziele zu streiten. „Die Lobbyarbeit habe ich im Ausländerbeirat gelernt“, sagt Maiga. Dort erwarb er sich das „Handwerkszeug“ für die direkte politische Partizipation in einer Partei.

Auch wie mühsam es ist, politische Ziele zu erreichen, hat er im Beirat gelernt. Auf die Frage nach Rückschlägen und Misserfolgen befragt, antwortet Maiga: „Was wir nicht geschafft haben, war es, auch die Ausländerbehörden mitzunehmen. Das ist bundesweit ein Problem. Ich bin überzeugt, dass die geltenden Gesetze zum Beispiel im Umgang mit Flüchtlingen aus Afghanistan Spielräume bieten, um diesen Menschen die Chance auf ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht zu geben“, so Maiga, der seit 2012 der Härtefallkommission der saarländischen Landesregierung angehört. Er kenne konkrete Fälle afghanischer Jugendlicher, die sehr gut Deutsch gelernt und einen Ausbildungsplatz im Saarland gefunden hätten, als Volljährige aber dennoch abgeschoben werden sollten. „Hier müsste schnellstmöglich eine Regelung her“, fordert Maiga. Seine Zukunft sieht er ganz klar in der Politik - und will damit nicht unbedingt bis zur nächsten Stadtratswahl warten.

Mit zahlreichen Festen und Kulturveranstaltungen wie beispielsweise Konzerten, Ausstellungen, Filmvorführungen und Lesungen sicherte sich der Ausländer- / Integrationsbeirat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Medien für seine Anliegen. Besonders in der Anfangszeit des Gremiums, als das allgemeine Interesse an den Themen Migration und Integration noch gering war, bildeten Veranstaltungen einen wichtigen Bestandteil der politischen Lobbyarbeit.





Mit der Unterzeichnung der bundesweiten Charta der Vielfalt am 7. April 2014 hat die Landeshauptstadt ihren Willen bekräftigt, auch unter ihren Beschäftigten für mehr Vielfalt zu sorgen. Der Integrationsbeirat hatte die Unterzeichnung angeregt.
Foto: Landeshauptstadt Saarbrücken

MEHR MIGRANTEN IN DIE STADTVERWALTUNG

Wie soll die Integration von Zuwanderern in den deutschen Arbeitsmarkt gelingen, wenn sie selbst in der Stadtverwaltung kaum eine Chance auf einen Job haben? Diese Frage beschäftigt den Ausländerbeirat seit seinen Anfängen. „Schon ganz zu Beginn hatten wir dieses Thema auf der Agenda und haben das Gespräch mit der Verwaltung gesucht. Aber damals war die Zeit noch nicht reif“, erinnert sich Veronika Kabis, die von 1990 bis 1993 Geschäftsführerin des ersten Saarbrücker Ausländerbeirates war und bereits 1992 eine Umfrage zum Thema „Ausländische Beschäftigte in der Kommunalverwaltung“ durchgeführt hatte. Im Jahr 2000 unternahm der Ausländerbeirat einen weiteren Anlauf, indem er die Verwaltung nach ihren Einstellungskriterien und dem Anteil ausländischer Beschäftigter befragte und mit seiner Forderung nach einer Erhöhung des Ausländeranteils an die Öffentlichkeit ging.

In der Saarbrücker Stadtverwaltung arbeiteten damals insgesamt 1.164 Angestellte, davon 1,8 Prozent ohne deutsche Staatsbürgerschaft. „In vielen privaten Betrieben ist der Ausländeranteil um ein Vielfaches höher als in der Stadtverwaltung“, kritisierte der damalige Beiratssprecher, Abdullah Ben. Der öffentliche Dienst solle Vorbild sein für andere Arbeitgeber, vor allem ausländische Jugendliche sollten eingestellt werden. Schließlich machten Ausländer in Saarbrücken rund zehn Prozent der Bevölkerung aus, argumentierte Ben mit Verweis auf großstädtig vergleichbare Städte wie Erlangen und Wiesbaden. In Erlangen arbeiteten in den Jahren 1991 bis 1999 zwischen 3,1 und 3,7 Prozent Ausländer als Angestellte in der Stadtverwaltung, in Wiesbaden lag ihr Anteil 1998 gar bei zwölf Prozent.

Heute wird ein Wert von rund 12 Prozent Beschäftigten mit Migrationshintergrund (Stand: Sommer 2014) auch in der Saarbrücker Stadtverwaltung erreicht. „Dies ergab eine interne, freiwillige Umfrage, die das Amt für Entwicklungsplanung, Statistik und Wahlen 2014 erstmals innerhalb der Kernverwaltung und den städtischen Eigenbetrieben durchgeführt hat“, berichtet Veronika Kabis. Laut Umfrage hat inzwischen jeder achte städtische Beschäftigte einen Migrationshintergrund, wobei es sich hauptsächlich um „Deutsche mit familiärer Migrationserfahrung“ handelt. Gestiegen ist neben dem Anteil von Migranten in der Stadtverwaltung allerdings auch der Anteil der SaarbrückerInnen mit Migrationshintergrund. Er lag 2014 bei 26 Prozent, womit sich die Zusammensetzung der Bevölkerung innerhalb der Verwaltung auch heute nicht im entsprechenden Maße widerspiegelt.

Dennoch liege Saarbrücken mit dem erreichten Ergebnis von rund 12 Prozent heute leicht über dem Bundesdurchschnitt, so Veronika Kabis. Allerdings sei die aktuelle Umfrage nur bedingt repräsentativ, da sie mit Rücksicht auf datenschutzrechtliche Bestimmungen auf freiwillig gegebenen Auskünften der Beschäftigten basiert.

„Wir haben bei diesem Thema das Dilemma, dass es einerseits wünschenswert ist, die Zahlen zu kennen, einige Migranten oder Eingebürgerte es aber als stigmatisierend empfinden, über ihren Migrationshintergrund befragt zu werden“, so Kabis. Auch aus diesem Grund hält sie die Forderung nach einer der Frauenquote vergleichbaren „Migrationsquote“ für problematisch. Über eine solche Quote war im Ausländer-/ Integrationsbeirat mehrfach diskutiert wor-

den. Dafür ausgesprochen hatte sich unter anderem Sadija Kavgić, Mitglied des ersten Integrationsbeirates (2009 - 2014).

Die gestiegene Sensibilität für die Einstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund hat trotz fehlender formaler Quotenregelung dazu geführt, dass inzwischen Jahr für Jahr mindestens zwei junge Leute einen Ausbildungsplatz zur/zum Verwaltungsfachangestellten erhalten. „Die Erfahrungen, die die Verwaltung mit diesen jungen Leuten gemacht hat, sind positiv. Die meisten von ihnen sind zweisprachig, das ist natürlich in vielen Bereichen hilfreich“, sagt Kabis. Wichtig sei es allerdings, Migranten als „ganz normale Mitarbeiter zu begreifen, die ihren beruflichen Weg machen möchten“. Nicht jeder wolle seine Migrationsgeschichte oder seine Mehrsprachigkeit beruflich nutzen, auch Migranten wollten vielmehr „ihren persönlichen beruflichen Neigungen“ folgen. Und nicht alle seien zweisprachig – was ihnen nicht zum Nachteil gereichen dürfe.

Während Sadija Kavgić die von der Stadtverwaltung bisher ergriffenen Maßnahmen nicht weit genug gehen, werten andere wie der frühere Beiratssprecher Mohamed Maiga die Steigerung des Anteils von Migranten in der Stadtverwaltung als einen der großen Erfolge des Ausländerbeirates, auch wenn einige Vorschläge wie die 2012 in dem Gremium diskutierte Einführung eines anonymisierten Bewerbungsverfahrens nicht realisiert wurden.

Fakt ist: in Sachen „interkulturelle Personalpolitik“ hat sich einiges bewegt, und der Ausländerbeirat hat damit ein „dickes Brett“ zwar noch nicht durch- aber doch kräftig angebohrt.

ERFOLGSREZEPT: ZIELE HARTNÄCKIG VERFOLGEN UND TROTZDEM KOMPROMISSBEREIT SEIN

Mit seiner 25-jährigen Mitgliedschaft im Ausländer- und späteren Integrationsbeirat hat Guglielmo Scandariato („Mimo“) alle Saarbrücker Rekorde gebrochen: niemand sonst setzte sich in dem Gremium so lange für die Belange der ausländischen Bevölkerung der saarländischen Landeshauptstadt ein. Als Beiratsmitglied hat der gebürtige Sizilianer viel bewegt. Nach seinem Ausscheiden im vergangenen Jahr sieht er nun die nachfolgenden Generationen in der Pflicht, das Ruder in die Hand zu nehmen und sich aktiv für Integration einzusetzen.

Als Guglielmo Scandariato seine Heimat Sizilien verließ, um ins Saarland zu ziehen, waren es keineswegs fehlende Berufsperspektiven, die ihn in den Norden verschlugen. Im Gegenteil: „Arbeit gab es bei mir zu Hause mehr als genug. Wir hatten eine große Landwirtschaft, viel Weinanbau und eigentlich nie genug helfende Hände“, erzählt Scandariato. Dass es ihn dennoch nach Deutschland getrieben hat, verdanke er seinen jugendlichen Flausen und einer unglücklichen Liebe. „Nach einem Streit mit meiner damaligen Verlobten meinte deren bereits in Deutschland lebender Bruder, ich solle unbedingt hierher kommen. Hier gebe es genug Arbeit und Mädchen“, erzählt der Wahl-Saarländer lachend. Die Entscheidung, Sizilien zu verlassen hat er nie bereut – trotz der nicht ganz leichten Anfangszeit.

VOM ARBEITER ZUM RESTAURANTBESITZER

Noch minderjährig war Scandariato im Dezember 1964 bei Verwandten in Forbach angekommen. „Auf der Grube zu arbeiten war dort die einzige Möglichkeit, die sich mir bot. Nachdem ich mir die Arbeit angeschaut hatte, war aber klar, dass dies keine Option für mich ist“, erzählt er. So zog er schließlich weiter ins Saarland – zunächst nach St. Ingbert, später nach Saarbrücken. „Schwer war es damals nicht, Arbeit zu finden, auch wenn diese in den meisten Fällen schlecht bezahlt und mit großen Strapazen verbunden war.“ Seine erste Anstellung fand er in einer Gießerei, 1966 landete er schließlich als einziger Italiener in einer Papierfabrik – sein großes Glück, wie er rückblickend weiß: „Hier war ich gezwungen, Deutsch

zu sprechen, und so lernte ich innerhalb eines Jahres recht passabel die deutsche Sprache.“ Nach zahlreichen weiteren Stationen entschied sich Scandariato Ende der 1960er Jahre für die Selbstständigkeit, eröffnete in der Saarbrücker Julius-Kiefer-Straße das Restaurant „Da Mimo“. In dieser Zeit lernte er seine zukünftige Frau Ursula kennen, mit der er bis heute glücklich verheiratet ist und zwei Kinder hat.

UNERMÜDLICH IM EINSATZ FÜR DIE RECHTE VON MIGRANTEN

Bereits vor der Gründung des Ausländerbeirates, in dem Scandariato von 1989 bis 2014 – dem Ende der Legislaturperiode des ersten Integrationsbeirates – aktiv war, hatte sich der Sizilianer im Verein „Gleiche



Guglielmo Scandariato mit seiner Frau Ursula in ihrem Restaurant „Da Mimo“.

Rechte“ für die Belange der ausländischen Bevölkerung eingesetzt. Trotz bürokratischer Widerstände und Rückschläge war der heute 70-jährige mit vollem Einsatz dabei. „Ich habe viel Zeit in die Arbeit im Rat investiert, manchmal zum Leidwesen der Familie. Doch die positiven Rückmeldungen, insbesondere meiner Landsleute, haben mich für die Mühen entschädigt.“ Stolz ist er vor allem auf die Errichtung der bundesweit ersten oberirdischen Grabkammern auf dem Saarbrücker Hauptfriedhof, ein großes Anliegen der italienischen Community, für das er jahrelang gekämpft hat.

„Wir Südtaliener beerdigen unsere Toten traditionell oberirdisch in Grabkammern. Bis vor acht Jahren war dies jedoch nirgendwo in Deutschland möglich“, erklärt Guglielmo Scandariato. Häufig blieb den hier lebenden Italienern deshalb nur die aufwendige und teure Überführung der Leichen ins Heimatland. „Keine zufriedenstellende Lösung, denn regelmäßig besuchen kann man seine verstorbenen Verwandten auf diese Weise natürlich nicht.“ Dass der Wunsch, sich in

Deutschland gemäß der eigenen Traditionen bestatten zu lassen, immer dringlicher wurde, führt Scandariato noch auf eine weitere Entwicklung zurück: „Als wir in der 1960er und 1970er Jahren als ‚Gastarbeiter‘ nach Deutschland kamen, war für den Großteil meiner Landsleute klar, dass sie nur vorübergehend hier bleiben würden, um irgendwann wieder nach Italien zurückzukehren. Im Laufe der Zeit jedoch wurde Deutschland zur Heimat, man hatte hier Freunde und Kinder, war im sozialen Leben fest verwurzelt. Eine Rückkehr war irgendwann kein Thema mehr. Damit ist für viele auch klar, dass sie gerne hier begraben werden möchten.“

AKTIVE INTEGRATION ALS AUFGABE DES BEIRATES

Auch wenn er sich im vergangenen Jahr dazu entschied, nicht mehr zu kandidieren und mit seiner Frau nun den Ruhestand genießt: die Rechte der ausländischen Bevölkerung sind ihm nach wie vor ein Anliegen. Auch über die Zukunft des Beirats macht sich Guglielmo Scandariato Gedanken.

Gerade angesichts der aktuellen Lage im Nahen Osten und der damit verbundenen Flüchtlingswelle müsse gehandelt werden. „Es gibt immer noch viele Familien ohne sozialen Anschluss, die sich hier in unwürdigen Wohn- und Lebenssituationen befinden. Auf diese Menschen muss der Beirat zugehen, schließlich ist seine Aufgabe die aktive Integration.“ Hier wünscht er sich ein wenig mehr Engagement seitens des Integrationsbeirates, wobei er vermutet, dass sich „die Mitglieder nach der Wahl im vergangenen Jahr erst einmal zusammenfinden müssen.“ In jedem Fall habe der Integrationsbeirat auch weiterhin seine Daseinsberechtigung und ein großes Betätigungsfeld. Er rät den Beiratsmitgliedern, auch schon mal unbequem zu sein und nicht zu schnell aufzugeben: „Es passiert wenig von alleine, man muss Forderungen stellen und einen langen Atem haben. Natürlich kann die Arbeit im Rat zuweilen frustrierend sein, doch wenn man sein Ziel hartnäckig verfolgt und trotzdem kompromissbereit ist, wird der Erfolg nicht ausbleiben.“

OBERIRDISCHE GRABKAMMERN AUF DEM SAARBRÜCKER HAUPTFRIEDHOF – EIN BEISPIEL FÜR GANZ KONKRETE ERFOLGE DES AUSLÄNDERBEIRATES

Dank des engagierten Einsatzes des Ausländerbeirates wurden in Saarbrücken 2007 die deutschlandweit ersten oberirdischen Grabkammern geschaffen. 300 Saarbrücker italienischer Herkunft hatten sich mit einer Unterschriftenaktion für die im Mittelmeerraum übliche Bestattungsform eingesetzt.



*Paul Borgard, Dezernent für Bürgerdienste, Sicherheit und Sport, Uwe Kunzler, Leiter des städtischen Friedhofs- und Bestattungsbetriebes (FBS), und Guglielmo Scandariato (vlnr.) vor den ersten oberirdischen Grabkammern auf dem Saarbrücker Hauptfriedhof.
Foto: Archiv Integrationsbeirat*

Mit der Errichtung von zwölf oberirdischen Grabkammern auf dem Saarbrücker Hauptfriedhof ging vor acht Jahren für viele in der Landeshauptstadt ansässigen Italiener ein lang gehegter Wunsch in Erfüllung. Gerade in Süditalien sind oberirdische Grabkammern, in die Särge eingestellt werden, die übliche Form der Bestattung. Mit dem Gedanken an eine „normale“ Erd- oder Urnenbeisetzung können sich viele Italiener nicht anfreunden, ihnen blieb lange nur die kostspielige Überführung nach Italien, wollten sie sich gemäß ihrer Traditionen bestatten lassen. Im Interesse seiner Landsleute hatte sich Guglielmo Scandariato, Mitglied des Ausländerbeirates, mit großem Engagement für oberirdische Grabkammern in Saarbrücken eingesetzt. Ein langer Weg mit bürokratischen Hürden. Schon 2002, so erzählt Scandariato, habe er begonnen, für die im Mittelmeerraum übliche Bestattungsform zu werben, sei dabei jedoch zunächst auf wenig Gegenliebe gestoßen. Erst als der Ausländerbeirat 2005 aktiv wurde und sich über 300 italienische Migranten auf einer Unterschriftenliste eintrugen, um der Dringlichkeit ihres Wunsches Ausdruck zu verleihen, ging es voran. Doch bis zur Errichtung der Kammern waren noch einige bürokratische Hürden zu nehmen. Denn obgleich die Saarbrücker Stadtverwaltung nun ihre Zustimmung signalisierte, hatte das Ministerium für Justiz, Gesundheit und Soziales

eine entsprechende Anfrage der Stadt zunächst mit Hinweis auf das Bestattungsgesetz abgelehnt. Dort – so die Begründung – war die Möglichkeit dieser Form der Bestattung nicht ausdrücklich genannt. Kein hinreichendes Argument fand der Beirat und beschloss, sich nicht so schnell geschlagen zu geben – zumal auch der städtische Friedhofs- und Bestattungsbetrieb (FBS) die Auffassung vertrat, dass das Gesetz vom „Gedanken des Liberalismus“ geprägt sei und sich sehr wohl im Sinne der italienischen Migranten auslegen lasse. Eine vom FBS veranlasste Prüfung hatte darüber hinaus ergeben, dass es ausreichend Platz für eine solche Grabstätte gebe, und auch mit einer Geruchsbelästigung dank spezieller Filterungssysteme nicht zu rechnen wäre. Unterstützung fand das Vorhaben schließlich auch im Saarbrücker Stadtrat, wo alle Fraktionen den Initiativantrag des Ausländerbeirates unterstützten, so dass dieser in Form einer gemeinsamen Resolution dem Landtag und der Landesregierung vorgelegt werden konnte. Dort sprachen sich bereits nach der ersten Lesung im Plenum alle Fraktionen dafür aus, künftig oberirdische Grabkammern zuzulassen, und auch die drei Oppositionsparteien trugen die Änderung des Saarländischen Bestattungsgesetzes mit. Nachdem die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen worden waren, konnte im April 2007 mit

dem Bau der ersten Einheit (12 Kammern) eines dreiteiligen Moduls mit insgesamt 36 Kammern begonnen werden, die im Juni des gleichen Jahres der Öffentlichkeit präsentiert wurden. Die große Nachfrage nach dieser Bestattungsmöglichkeit bestätigte die Bedeutung des Projektes, und so begannen 2009 die Arbeiten für ein zweites oberirdisches Grabsystem mit insgesamt 48 Kammern, die sich auf drei Module verteilen. Jede Kammer kann einen Sarg aufnehmen, zusätzlich bietet das System eine von der Sargkammer getrennte Vorkammer für eine mögliche Beisetzung von zwei Urnen. Auf vielfachen Wunsch aus der Bürgerschaft wurden zudem Ablagemöglichkeiten für Blumen und Kerzen an jeder Kammer geschaffen. Auch wenn die Resonanz unter der italienischen Bevölkerung besonders groß ist: die Kammern stehen natürlich auch allen anderen Bürgern zur Verfügung. Die Kosten für die Beisetzung in einer Grabkammer liegen zwischen 3.500 und 3.700 Euro und sind damit rund 400 Euro teurer als herkömmliche Bestattungen. Für die in Saarbrücken ansässigen südeuropäischen Familien ein vergleichsweise geringer finanzieller Mehraufwand, den sie gerne in Kauf nehmen, um ihre letzte Ruhe dort zu finden, wo zuletzt auch ihre Heimat war.

EHRENAMTLICHE POLITISCHE TEILHABE UND PROFESSIONELLE PRAKTISCHE ARBEIT: DER AUSLÄNDER- / INTEGRATIONSBEIRAT UND DAS ZUWANDERUNGS- UND INTEGRATIONS-BÜRO (ZIB)

Als die Landeshauptstadt Saarbrücken auf Beschluss des Stadtrates 2003 ein „Zuwanderungs- und Integrationsbüro“ (ZIB) einrichtete, ging ein langjähriger Wunsch des Ausländerbeirates in Erfüllung. „Das war ein großer Erfolg für uns, denn der Ausländerbeirat hatte sich schon viele Jahre zuvor dafür eingesetzt, dass innerhalb der Verwaltung eine solche Struktur geschaffen wird“, berichtet Mohamed Maiga, ehemaliger Sprecher des Beirats. „In den 1990er Jahren bot der Stadtrat an, eine Antidiskriminierungsstelle einzurichten. Doch der Ausländerbeirat hat gesagt: ‚Das reicht uns nicht. Wir möchten eine zentrale Stelle, die sich wirklich um uns kümmert!‘“

Denn der Beratungsbedarf war immens. Dies war dem Ausländerbeirat bereits in den ersten Jahren seines Bestehens bewusst. „Anfang der 1990er Jahre kamen wegen des Bosnienkrieges und anderer weltweiter Krisen viele Flüchtlinge nach Saarbrücken, wo es damals noch die großen Gemeinschaftsunterkünfte etwa in der Brebacher Landstraße gab“, erinnert sich Veronika Kabis, erste Geschäftsführerin des Saarbrücker Ausländerbeirates (1990 – 1993) und seit

2003 Leiterin des ZIB. „Ein gut aufeinander abgestimmtes System qualifizierter Beratungsangebote, wie wir es heute haben, gab es damals noch nicht. Die Geschäftsstelle des Ausländerbeirates entwickelte sich daher schnell zu einer ‚Clearingstelle‘ für Menschen mit unterschiedlichsten Anliegen und Problemen.“ Diese praktische Arbeit sei jedoch nicht die eigentliche Kernaufgabe von Ausländer- bzw. Integrationsbeiräten, die hauptsächlich politisch aktiv sein sollten und wollten, so Kabis.

Im Zuge der bundesweiten Entwicklung hin zu professionellen Hilfen für Zuwanderer wurde in Saarbrücken 2002 unter Beteiligung des Ausländerbeirates eine „Stabsstelle für Integration und Migration“ gegründet und ein Grundkonzept für die kommunale Integrationspolitik erarbeitet. Ein Jahr später nahm das ZIB die Arbeit auf.

Damit gab es nun endlich eine zentrale Anlauf- und Kompetenzstelle für alle Belange der Migranten mit einem breiten Aufgabenspektrum von wissenschaftlicher Arbeit bis zur praktischer Integrationsarbeit, etwa

durch Projekte in den Stadtteilen, Vernetzung der zahlreichen Beratungsstellen sowie die Organisation von Veranstaltungen wie den „Orientalischen Markt“ in Burbach oder die „Interkulturelle Woche“.

Obgleich niemand im Stadtrat die Sinnhaftigkeit des ZIB ernstlich in Frage stellte, spielten die damaligen Mehrheitsfraktionen von CDU und FDP 2005 mit dem Gedanken, es aus Kostengründen zu schließen. Nicht alles, was wünschenswert sei, sei auch machbar, so die Argumentation, der neben SPD und Grünen auch Experten wie Prof. Dieter Filsinger, Rektor der katholischen Hochschule für soziale Arbeit, vehement widersprachen. „Auch wir als Ausländerbeirat haben uns massiv gegen die Schließungspläne gewehrt“, so Mohamed Maiga. Im November 2005 stand fest: das ZIB bleibt erhalten. „Die Unterstützung des Ausländerbeirates war dabei auf jeden Fall hilfreich“, ist Veronika Kabis überzeugt.

Auch in weniger aufregenden Zeiten funktioniert die Zusammenarbeit sehr gut. Und das, obwohl das „Verhältnis zwischen kommunalen Integrationsbeauf-

tragten und Integrationsbeiräten grundsätzlich immer etwas ambivalent“ sei, „weil man in der Integrationspolitik möglicher Weise unterschiedliche Schwerpunkte“ setze. „Aber wenn die Aufgabenverteilung klar geregelt ist – der Beirat macht Politik, das ZIB die praktische Arbeit – dann kann man sich gegenseitig gut ergänzen“, meint Kabis.

Im November 2007 wurde der Ausländerbeirat organisatorisch dem ZIB zugeordnet. Enge Verbindungen zum Beirat gibt es nicht nur personell – durch die ehemaligen Geschäftsführerinnen des Ausländerbeirates, Veronika Kabis und Christine Mhamdi, die im ZIB für Projektentwicklung zuständig ist. Außerdem übernimmt die heutige Geschäftsführerin Anne Kerber mit einem Teil ihrer Stelle auch Aufgaben im ZIB. Für „kurze Wege“ im wörtlichen Sinne sorgt auch die Lage der Beiratsgeschäftsstelle, die sich im Rathaus im selben Flur befindet wie das ZIB.

MUTTERSPRACHLICHER UNTERRICHT KOMMT ZU KURZ!

Sich einmischen in die Politik, eintreten für das, was ihr wichtig ist: mit großem Elan hatte sich Sadija Kavgić 2009 in den Integrationsbeiratswahlkampf gestürzt. „Ich habe in dieser Zeit sehr viele Besuche bei unterschiedlichsten Einrichtungen und Gemeinden gemacht, mit sehr vielen Menschen telefoniert, Flyer verteilt und eine Menge Zeit investiert“, erinnert sie sich. Ihr Einsatz wurde belohnt: als erste Kandidatin der von ihr aufgestellten Liste „Saarbrücken international“ wurde sie Mitglied des Saarbrücker Integrationsbeirates, dem sie bis 2014 angehörte. Dass sie kein weiteres Mal kandidiert hat, kommt nicht von ungefähr. Sadija Kavgić ist enttäuscht, zu wenig von dem, was ihr wichtig gewesen war, ließ sich umsetzen.

Ein besonderes Anliegen war und ist ihr die Förderung von muttersprachlichem Unterricht an Schulen und der verstärkte Einsatz muttersprachlicher Erzieherinnen in Kitas. „Ich hätte mir gewünscht, dass es dafür mehr offizielle Unterstützung gibt, mehr Projektgelder von der Stadt und vom Land. Aber das ist weitestgehend nicht gelungen, es fehlt an der Bereitschaft und dem Verständnis dafür, wie wichtig es ist, den Erwerb der Muttersprache zu fördern“, meint Sadija Kavgić. Dabei sei muttersprachlicher Unterricht nicht nur ein Zeichen der Wertschätzung für die Herkunftskultur von Zuwanderern, sondern auch „eine Basis für Kommunikation

und weitere Kontakte“. Diesen Weg zu mehr Integration nicht zu gehen, ist für sie „eine Verschwendung von Möglichkeiten“. „Integration bedeutet doch nicht, alles Vorherige zu vergessen. Eine zusätzliche Sprache zu beherrschen, ist ein Wert, der anerkannt werden sollte!“ Wer wüsste das besser als sie, die ohne ein Wort Deutsch ins Saarland kam, sich nicht zufrieden gab mit den eineinhalbstündigen VHS-Kursen, die ihr zwei Mal pro Woche zustanden, sondern ihre Deutschkenntnisse im Selbststudium so weit verbesserte, dass sie Goethe-Zertifikate absolvierte und sich bereits 1995 zur Dolmetscherin und Übersetzerin für Bosnisch, Kroatisch und Serbisch vereidigen lassen konnte.

Selbst den hohen sprachlichen Anforderungen des Berufs der Journalistin, den sie in ihrer Heimat Jugoslawien gelernt hatte, ist Kavgić inzwischen auch im Deutschen gewachsen. Im Rahmen einer dreijährigen Beschäftigung als Bürgerarbeiterin baute sie das Online-Portal www.saarklar.de auf, wo sie zahlreiche eigene Artikel und Fotos veröffentlicht. „Außerdem schreibe ich gelegentlich für bosnische Medien, denen ich zum Beispiel Berichte über das Filmfestival Max Ophüls Preis schicke.“

Als Journalistin ist Sadija Kavgić auch eine kritische Beobachterin der saarländischen Medienlandschaft.

Mehrfach kontaktierte sie Redaktionen – unter anderem der Saarbrücker Zeitung – um im Zusammenhang mit „Ausländerthemen“ eine differenzierte Darstellung und einen sensibleren Umgang mit Worten und Bildern anzumahnen. Die Antworten, die zurückkamen, seien enttäuschend gewesen, sagt sie.

„Die Medien, die mit klischeehaften Fotos oder bewegten Bildern arbeiten, handeln fahrlässig, angesichts des großen Einflusses, den sie beim Formen der öffentlichen Meinung haben“. Wenn im Zusammenhang mit der „mangelnden Integration“, mit Analphabetismus oder dem Islam beispielsweise immer wieder kopftuchtragende Frauen abgebildet würden, dann verfestige dies beim Leser die Meinung, dass alle muslimischen Frauen diesem Bild entsprächen, dass sie hierzulande nicht „integrierbar“ seien und der Islam sie daran hindere, sich zu bilden. „Doch das ist eine verzerrte, unvollständige Darstellung“, so Kavgić.

„Ich bin in einer sozialistischen multireligiösen Gesellschaft als Kind einer muslimisch säkularen Familie zur Welt gekommen. In meiner Heimat Jugoslawien hatte ich gelernt, dass es nichts Wichtigeres gibt, als die Würde und Freiheit eines anderen Menschen zu respektieren. Und dass es nicht wichtig ist, welche Religion einen Menschen prägt, weil der Glaube an Gott eine private Angelegenheit ist.“

Sie plädiert dafür, sich nicht mit „Türken, Roma oder Muslimen“ zu beschäftigen, sondern mit Menschen, die ein uneingeschränktes Wahlrecht haben müssten, sobald sie hier länger als ein Jahr leben, nach zwei Jahren das Recht auf die doppelte bzw. europäische Staatsbürgerschaft bekommen sollten, in den Verwaltungen der Kommunen und des Landes beschäftigt, in politischen Parteien aktiv und in Medien und Aufsichtsräten vertreten sein müssten.

ZUR PERSON: SADIJA KAVGIĆ

Sadija Kavgić floh während des Bosnienkrieges aus ihrer Heimat Jugoslawien ins Saarland. Mit 26 Jahren kam die Diplom-Journalistin 1993 nach Neunkirchen, wo bereits ein Onkel von ihr lebte. 2007 zog sie nach Saarbrücken um, wo sie von 2009 bis 2014 Mitglied des Integrationsbeirates war. Sie arbeitet als vereidigte Dolmetscherin und freie Journalistin.



INTEGRATION DURCH BILDUNG

„Dass Bildung ein wichtiger Schlüssel ist, wenn nicht der Schlüssel für erfolgreiche Integration und damit auch für gutes Miteinander“, stellte Bundespräsident Johannes Rau in einer Rede am 29. November 2001 in Köln fest. Kaum jemand würde ihm da widersprechen. Schon gar nicht diejenigen, die – oft ohne Deutschkenntnisse – in das „Einwanderungsland Deutschland“ kamen, ein Land, in dem es in Sachen Bildungsgerechtigkeit laut diverser Studien nicht zum Besten steht.

Wie wichtig Bildung gerade für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund ist, war dem Saarbrücker Ausländer-/ Integrationsbeirat stets bewusst. Entsprechend zahlreich sind die Anfragen, Initiativen, Veranstaltungen und Projektideen, mit denen sich der Beirat in den vergangenen 25 Jahren für bessere Bildungschancen für Migranten eingesetzt hat. Hierzu gehörten – um nur einige wenige Beispiele zu nennen – eine Infoveranstaltung zum Thema „Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für ausländische Jugendliche“ in Kooperation mit der Berufsberatung des Arbeitsamtes, Auszubildern und dem Deutsch-Ausländischen

Jugendclub (1997), die Forderung nach Einführung von Islamunterricht an Schulen (2006), eine Tagung zu „Bildung & Migration“ (2006), eine Anfrage zur „Förderung von (Migranten-) Kindern im Elementarbereich“ (2010), die Idee für ein Projekt „Interkulturelle Schülermediatoren“ (2011) sowie die Debatte über Sprachförderung in Kindertagesstätten (2012). Darüber hinaus stand das Thema „muttersprachlicher Unterricht“ immer wieder auf der Tagesordnung. Auch in die Debatte um Sprachtests im Rahmen von Einbürgerungsverfahren mischte sich der Ausländer-/ Integrationsbeirat ein und forderte Nachbesserungen.

GUTE UND INTENSIVE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT – DAS A UND O DER LOBBYARBEIT FÜR EINE GESELLSCHAFTLICHE MINDERHEIT

Nicht nur mit seiner Zeitung „forum“, auch mit einer Vielzahl an Broschüren, Flugblättern und sonstigen Veröffentlichungen brachte der Ausländerbeirat sich und seine Themen ins Gespräch.

Mittels, um in den Medien Stellung zu aktuellen Debatten zu beziehen, ihren Anliegen durch handfeste Argumente Gehör zu verschaffen, Missstände anzuprangern oder auch ganz einfach, um alle BürgerInnen der Stadt zu Veranstaltungen wie Podiumsdiskussionen, Lesungen, Konzerten und sonstigen „Events“ einzuladen.

Ausländerbeirates präsent. Sogar einen eigenen Film produzierte der Beirat, um die Lage der ausländischen Bevölkerung in Saarbrücken, die Arbeit der ausländischen Vereine und des Ausländerbeirates für eine breitere Öffentlichkeit anschaulich in Szene zu setzen. Gezeigt wurde der in Kooperation mit dem „Offenen Kanal“ produzierte Film „Gemeinsam leben – gemeinsam entscheiden“ im März 1994 im Kino 8 ½.

Auch in den saarländischen Printmedien, auch in Funk- und Fernsehsendungen waren Vertreter des



ZUR ROLLE DER MEDIEN IM INTERKULTURELLEN DIALOG

Ein Interview mit Ulli Wagner, Vorsitzende des Saarländischen Journalistenverbandes (SJV) und Hörfunkredakteurin bei SR 3 Saarlandwelle



Ulli Wagner, Foto: Pasquale D'Angiolillo

Die Worte, die Journalisten wählen, beeinflussen das Denken ihrer Leser / Hörer / Zuschauer. Sind sich Medienmacher ausreichend bewusst darüber, dass sie mit Wörtern wie „Flüchtlingsschwemme“ oder „Überfremdung“ Vorurteile bedienen und Ängste schüren? Müsste mehr getan werden, um Journalisten für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Sprache zu sensibilisieren?

Ich weiß nicht, ob dieses Problem über Sensibilisierung in den Griff zu bekommen ist. Denn wenn man sich mit den betreffenden Kolleginnen und Kollegen unterhält, wissen sie durchaus, was sie damit anrichten können. Und selbst, wenn ihnen die möglichen Folgen nicht bewusst sind, wissen sie doch, dass das Wort, das sie da gewählt haben, eigentlich kein passender Ausdruck ist. Das eigentliche Problem scheint mir eher die Selbstreflexion zu sein. Aus welchem Grund sollte ich das Wort „Flüchtlingsschwemme“ benutzen? Ich gehe immer an die Decke, wenn ich vom „Tsunami“ (wörtlich: „Hafenwelle“) höre. Keiner, der bei dieser Katastrophe dabei war, würde einen solchen Begriff verwenden. Ein ebensolches Ünding war die Bezeichnung „Burkaschwimmen“ als Synonym für das „Frauenschwimmen“. Ich war oft in Südostasien. Dort gehen viele Menschen mit ihren Kleidern ins Meer. Wir, die wir dort Urlaub machen, nehmen es uns ganz selbstverständlich heraus, im Bikini am Strand herumzulaufen, obwohl das dort nicht üblich ist. Aber wenn es hier bei uns dann mal umgekehrt ist, ist das Geschrei groß – auch bei vielgereisten KollegInnen, die dann auf diesen Zug aufspringen.

Der Begriff „Burkaschwimmen“ wurde von saarländischen Medien benutzt, als das Zuwanderungs- und Integrationsbüro (ZIB), der Deutsch-Ausländische Jugendclub (DAJC) und die Bäderbetriebsgesellschaft 2011 ankündigten, im Altenkesseler Hallenbad alle 14 Tage ein „Frauenschwimmen“ anbieten zu wollen. Es folgte eine hitzige Debatte, in der etliche Medien eine unrühmliche Rolle spielten: die Berichterstattung war teilweise populistisch, ein Kameramann konnte nur mit Mühe davon abgehalten werden, beim ersten „Frauenschwimmen“ das Bad zu betreten. Daraufhin veranstalteten das ZIB und der SJV zusammen mit dem Institut „GIM – Gesellschaftliche Integration und Migration“ eine „Medienwerkstatt“ für Nachwuchsjournalisten. Worum ging es dabei?

Mit der Medienwerkstatt wollten wir diejenigen, die über solche Themen berichten, sensibilisieren.

Am Vorabend der Veranstaltung haben wir zu einer öffentlichen Diskussionsrunde eingeladen, in der all diese Fragen auf den Tisch kamen. In der Medienwerkstatt selbst haben wir uns mit einer Diversity-Trainerin zunächst positive und negative Beispiele für Medienberichte außerhalb des Saarlandes angesehen und erarbeitet, warum die einen Beiträge die gesellschaftliche Vielfalt adäquat abbilden und andere nicht. Auf dieser Grundlage haben wir dann in mehreren Arbeitsgruppen Medienbeispiele zum Thema „Frauenschwimmen“ analysiert, um herauszufinden, was da schiefgelaufen ist, und was man hätte anders machen können.

In Gesprächen mit dem Integrationsbeirat kam auch das Thema „Bilder“ immer wieder zur Sprache – Bilder im Fernsehen, in Online-Angeboten und Fotos in der Saarbrücker Zeitung. Hier lautete die Kritik des Beirates: „Wir sind so vielfältig, aber ihr stellt uns immer gleich dar. Ihr bildet uns nicht angemessen ab, was doch Aufgabe der Presse ist!“ Diese Kritik bezog sich vor allem darauf, dass im Zusammenhang mit dem Islam immer wieder Frauen mit Kopftüchern gezeigt werden. Auch damit haben wir uns in der Medienwerkstatt beschäftigt. Der damalige Sprecher der Fotografen im SJV, Pasquale D'Angiolillo, hat aus Fachsicht bestimmte Bilderstrecken bewertet und Tipps für die redaktionelle Auswahl von Fotos gegeben.

Steht das Thema interkulturelle Kompetenz auf dem Lehrplan für angehende Journalisten, etwa in Seminaren für Volontäre?

Es gibt Sparten, in denen „Diversity“ – die Vielfältigkeit der Gesellschaft und ein respektvoller Umgang mit dieser Vielfalt – Bestandteil der journalistischen Ausbildung ist. Aber das ist nicht überall der Fall.

Die Trennung von Nachricht und Meinung ist im Journalismus oberstes Gebot. Dennoch sind auch Journalisten nur Menschen, deren Einstellungen, Erfahrungen und Vorurteile eine völlige Objektivität unmöglich machen. Welche „Sicherheitsmechanismen“ bauen Redaktionen ein, um tendenziöse Berichterstattung zu vermeiden? Gibt es in den Redaktionsteams Diskussionen über Beiträge, in denen man sagt: das ist uns zu einseitig, zu unobjektiv?

Ja, diese Diskussionen gibt es – im Idealfall vor Veröffentlichung. Zum Teil gibt es sogar heftige Diskussionen, bei denen oft auch Vorurteile zum Vorschein

kommen: Die einen sind die „Gutmenschen“, die „Allesverstehers“, die immer „schön“ über Menschen mit Migrationshintergrund oder Flüchtlinge reden, die sich in den Augen manch anderer nicht „trauen“, Probleme zu benennen. Bei den anderen hat „Diversity“ noch nicht den Stellenwert, ist das Bewusstsein, dass man sehr sorgfältig mit sensiblen Themen umgehen muss, noch nicht so ausgeprägt, wie man es sich wünschen würde.

Medien müssen komplexe Themen oft sehr kurz darstellen. Dadurch bleiben Hintergrundinformationen auf der Strecke, die für das Gesamtverständnis wichtig wären – zum Beispiel, um zu verstehen, dass es „den“ Islam nicht gibt. Welche Möglichkeiten haben die Medien, umfassend und differenziert zu informieren, und wäre das nicht auch ihre Aufgabe?

Unbedingt. Mehr noch: genau das ist die Aufgabe der Medien! Wenn wir sagen, Presse- und Meinungsfreiheit ist unabdingbar für unsere lebendige Demokratie, dann muss Pressefreiheit dazu führen, dass die Mediennutzer dazu in die Lage versetzt werden, sich eine Meinung zu bilden. Diese Aufgabe fällt im digitalen Zeitalter nicht nur den klassischen, sondern auch den Online-Medien zu. Wenn man die Medienlandschaft insgesamt betrachtet, ist das Angebot an umfassenden Informationen denke ich vorhanden. Allerdings ist nicht jeder in der Lage und willens, sich diese Informationen zusammensuchen.

Ein Beispiel aus meiner redaktionellen Erfahrung: wir haben beim Saarländischen Rundfunk nach den Anschlägen auf das Pariser Satiremagazin „Charlie Hebdo“ im Januar 2015 eine Schwerpunktreihe gemacht, in der es eine Woche lang um Fragen ging wie: „Was darf Satire?“ oder „Wie kann man Pressefreiheit schützen?“. Begleitend zu den Radiobeiträgen haben wir ein großes Online-Dossier gemacht. Ergänzende Online-Angebote sind sehr hilfreich, weil man dort ausführlich auf Themen eingehen kann, die in der aktuellen Berichterstattung nur kurz und knapp dargestellt werden können.

Es gibt kaum ein Thema, das man in einem Beitrag von eineinhalb Minuten umfassend behandeln kann. Daher stehen sowohl die Autorinnen und Autoren als auch die Redaktionen tagtäglich vor der Entscheidung: wie bringe ich etwas in der gebotenen Kürze rüber, ohne Wesentliches wegzulassen?

VERANSTALTUNGEN DES AUSLÄNDER- / INTEGRATIONSBEIRATES ZUM THEMA „VERANTWORTUNG DER MEDIEN“ (AUSWAHL):

Oktober 1997:
„Das Bild des Ausländers in den Medien“
Auf Einladung des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt Saarbrücken, der Evangelischen Akademie des Saarlandes und der Landeszentrale für politische Bildung diskutierten Experten im Rathausfestsaal. Suat Montes, damals Sprecher des Ausländerbeirates, warf den Medien vor, ein klischeehaftes Bild des Ausländers zu vermitteln, und sie oft in Verbindung zu bringen mit Gewalt und Kriminalität.

Oktober 2005:
„Welche Integrationspolitik in Saarbrücken?“
Zusammen mit der Arbeitsgruppe Migration in den Saarbrücker Gemeinwesenprojekten lud der Ausländerbeirat zu einer Diskussionsrunde ins SZ-Forum ein.

2008:
„Zuwanderer lesen die Saarbrücker Zeitung“
Kurs zur politischen Bildung

September 2010:
„Medien & Migranten“
Podiumsdiskussion im Rahmen der Interkulturellen Woche im Saarländischen Landtag. Sadija Kavgić, Mitglied des Integrationsbeirates, sagte, Migranten fühlten sich von den Medien ignoriert, wenn nicht sogar oft „gebrandmarkt“.



„FORUM“ – DIE ZEITUNG DES AUSLÄNDERBEIRATES DER LANDESHAUPTSTADT SAARBRÜCKEN (1993 – 1996)

In der Sitzung vom 7. Februar 1991 fasste der Ausländerbeirat einstimmig den Beschluss, eine eigene Zeitung herauszugeben, „um über die Tätigkeiten des Ausländerbeirates und die ausländische ‚Szene‘ in Saarbrücken zu berichten.“ Die Idee, eine eigene Zeitung herauszugeben, entstand durch die Erkenntnis, über die ohnehin eingeschränkte Presselandschaft im Saarland die eigene Klientel kaum erreichen zu können, so ist es in den Sitzungsakten nachzulesen.

Mehr als zwei Jahre gingen ins Land, ehe das ehrgeizige Projekt in die Tat umgesetzt wurde: im September 1993 gab der Ausländerbeirat die erste „forum“-Ausgabe heraus, deren Aufmacher aus aktuellem Anlass (den Morden in Solingen im November 1992 und weitere Brandanschläge gegen Asylanten) dem Thema „Fremdenhaß: Solingen – auf Rufmord folgt Mord“ gewidmet war.

Das Profil von „forum“ war seit der Beschlussfassung 1991 noch einmal geschärft worden: „Mit der Zeitung will der Ausländerbeirat informieren, und zwar ebenso Nichtdeutsche wie Deutsche, aber auch gleichzeitig unterhalten. Artikel über die Arbeit des Ausländerbeirates werden gleichrangig mit aktuellen ausländerpolitischen Themen behandelt“, erklärte die „forum“-Redaktion 1993.

Grenzen gesetzt wurden dem Ausländerbeirat bei der Herausgabe eines eigenen Printmediums durch seine beschränkten finanziellen Möglichkeiten. So musste man sich in der Anfangszeit auf einen Schwarz-Weiß-Druck in einer Auflage von 3.000 vierseitigen Exemplaren beschränken, später wurde der Umfang von „forum“ auf acht Seiten verdoppelt, die Auflage zugleich aber auf 2.000 Exemplare reduziert. Eine „Gegenfinanzierung“ gab es nicht. Denn „forum“ sollte für die LeserInnen kostenlos sein. Verbreitet wurde die Zeitung per Versand und über Verteilung durch die Beiratsmitglieder.

Wer jemals Zeitung gemacht hat, kann ermessen, wie viel Zeit die Arbeit der AutorInnen und der Redaktion in Anspruch nahm: die Recherchen, das Schreiben der Artikel, die Auswahl der Fotos und das Layout – all das entwickelte das Redaktionsteam komplett in Eigenregie. Das redaktionelle Grundkonzept sorgte dabei für einen „roten Faden“: jede Ausgabe hatte ein Schwerpunktthema, darüber hinaus gab es u.a. Kommentare zu aktuellen (ausländer-) politischen Themen, Berichte über die Arbeit des Ausländerbeirates, ein „Leser-forum“ mit nützlichen Informationen und Leserbriefen sowie Veranstaltungshinweise und unterhaltsame Beiträge wie beispielsweise internationale Kochrezepte.

Die Themen aller Ausgaben im Überblick:

- FORUM 1:** Fremdenhaß „Solingen – auf Rufmord folgt Mord“
- FORUM 2:** Einbürgerung „Einbürgerung durch doppelte Staatsbürgerschaft“
- FORUM 3:** Ausländerbeiräte „Der Saarbrücker Ausländerbeirat – ein Erfahrungsbericht“
- FORUM 4:** Sonderausgabe zur Wahl des Ausländerbeirates am 24. April 1994
- FORUM 5:** Landtags- und Bundestagswahlen „Die Qual der (Nicht-)Wahl“
- FORUM 6:** Asylgesetzgebung „Menschen als Spielball der Asylgesetzgebung“
- FORUM 7:** „Ältere Migrantinnen und Migranten. „Alt werden in Deutschland“
- FORUM 8:** Kommunales Wahlrecht für EU-Bürger und Bürgerinnen. „Bescherung für EU-Bürger“.
- FORUM 9:** Polizei und Ausländer. „Von Prügelknaben und Leidtragenden“



Solingen - auf Rufmord folgt Mord!

„Ich kann es immer noch nicht fassen, was in der Nacht vom 23. November 1992 mit meiner Familie geschah ist. Es ist so schrecklich und so grausam. Meine Frau Beate, Inkelet Yelir und Ayar Yilmaz sind tot. Meine Schwagerkinder sind durch die Folgen der Brandkatastrophe verletzt und haben Scherzen, die Familie ist überlagert nicht mehr, was sie war.“ Nazim Atilan, Übersetzer der in Mitleid verfassten Frau, im Prozedur vor dem Oberlandesgericht Schleswig.



Ende der Lichterketten
Entsetzen, Wut, Verweiflung - Angst. Nach Mitleid schies es kaum noch eine Steigerung zu geben. Dann folgte Solingen. Bei dem Brandanschlag auf das Haus der Familie Gens wurden fünf türkische Immigrantinnen ermordet. Die Täter Jugendliche, bemerkt haben will vorher keiner etwas. „Klar bei uns gab es ein paar Halbturke, die ab und zu Nach-Sprüche klopfen“, so lautet die lapidare Kommentar.

Die Wirklichkeit sah anders aus: Während manche die Existenz rechterdiskriminierter Gruppen in ihrem hochschulischen Milieu leugnen, berichten andere von regelmäßigen Treffen im heimischen Otzen und konkreten Gewaltdrohungen. So heißt es zum Beispiel vom 16-jährigen Brandstifter aus Solingen, er habe seine Tat bereits 14 Tage vorher angekündigt mit den Worten: „Dieses Türkenhaus in unserer Straße fackelt sich ab“.
Offiziell hat niemand die Täter ernst genommen. Helmut Kohl's Kommentar nach Solingen zeigt, daß das auch von Seiten der Politik immer noch so ist. Die Täter werden als Ausnahme, als „gewalttätig emotionale Randgruppe“ ohne politischen Hintergrund gesehen - eine Klassifizierung, die jegliche Verantwortlichkeit ausschließt. Die „anderen“ Deutschen haben mit dem abschließenden Verbot nichts zu tun.
Wie hoch der Grad der Identifizierung jedoch bei den sogenannten normalen, ganz durchschnittlichen Deutschen ist, bezeugt das Interview in der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ vom 18.06.1993.
Es werden drei jugendliche Sympathisanten des Mitleid-Anstößers zu ihrem Motiv befragt. Sie sind 19 und 20 Jahre alt. Eine ist ausschließlich türkischer Herkunft, die Freundin wird Koch und der Dritte ist Araber im Supermarkt. Sie finden den Mörder Brandstifter „zu richtig sympathisch“, weil sie in seinen Reaktionen und seinem Wortschatz ihre persönliche Geschichte wiederfinden.
Lars, der Koch, meint, er hätte, daß er aus Protest gegen seine Eltern aus Köln wegziehe. Bianca, die Köchlerin, hat sich vor dem Wahl bei der die Deutsche-Volks-Krise (DVK) gemeldet, aus Protest. Azabi Andreas war mal Punk. Heute flücht er sich zu den Rechten. Ingeborg.
Alle drei haben Schwangerschaften, ihre Identität zu finden. Entsprechend diffus sind ihre Äußerungen. Widerstand gegen die Fremdung 8.2

Zitat
„Die Flammen von Solingen (...) bezeugen in gewisser Weise unsere gescheiterte Politik. Gegen Fremdenhass und Antisemitismusmaßnahmen helfen nicht Abschottung und immer neue Mauern, sondern Zivilisiertheit, Einwanderung und Integrationsgesetze.“
Klaus Holzer am 1.06.1993 zu den Solinger-Ausfällen in der ARD-Tageschau.

EINE KLEINE GESCHICHTE DER SATZUNGSÄNDERUNGEN

Von Stephan Schäfer

An den angeregten Satzungsänderungen kann man die strukturellen Probleme des Ausländer- / Integrationsbeirates sehr gut ablesen. In der zweiten Hälfte der ersten Wahlperiode (1989/1994) schieden mehrere Mitglieder des Ausländerbeirates aus unterschiedlichsten Gründen aus. Diese personelle Fluktuation führte dazu, dass die Liste „Wir Ausländer als Mitbürger“ Ende September 1992 erschöpft war. Die beiden Sitze der Liste mussten gemäß den gesetzlichen Vorschriften unbesetzt bleiben. Da aber die Beschlussfähigkeit des Ausländerbeirates auf der Basis der satzungsmäßigen Mitgliederzahl festgestellt wurde, verschärfte dies ein Problem, das zu dieser Zeit ohnehin bereits auftrat. Es wurde immer schwieriger, die Mitglieder zur Teilnahme an den „öffentlichen Sitzungen“ zu motivieren. Zu mindestens zwei Sitzungen des Ausländerbeirates in den Jahren 1992/94 erschienen weniger als acht Mitglieder – für die Beschlussfähigkeit war/ist aber die Anwesenheit von mindestens 50 Prozent der satzungsmäßigen Mitglieder notwendig. Dies hatte zur Folge, dass

der Ausländerbeirat erneut eingeladen werden musste. In der neuen Sitzung war er dann beschlussfähig, wenn drei Mitglieder anwesend waren.

Diese Situation veranlasste den Ausländerbeirat in seiner Sitzung am 15.10.1992, folgende Änderung der Satzung zu beantragen:

„§ 6 erhält folgenden Absatz 2:
Der Ausländerbeirat besteht von dem Inkrafttreten der 1. Änderungssatzung bis zum Ende der ersten Wahlperiode aus 13 Mitgliedern.“

Der Stadtrat verabschiedete diese Änderungssatzung in seiner Sitzung am 15.12.1992 einstimmig. Am 15.03.1993 teilt das Ministerium des Inneren mit, dass die Satzungsänderung mit dem demokratischen Prinzip nicht vereinbar sei. Damit musste der Stadtrat seinen Beschluss in seiner Sitzung am 04.05.1993 wieder aufheben. Auch dieser Beschluss war einstimmig.

Die nun folgenden Satzungsänderungen wurden immer im Vorfeld einer Wahl angestoßen.

Bei der Neufassung im der Satzung 1998 wurde – aus Gründen des Aufwandes – die Möglichkeit der Briefwahl noch nicht in die Satzung aufgenommen. Unter dem Eindruck der Wahlbeteiligung bei der Wahl 1999 hatte dann der erneute Antrag des Ausländerbeirates auf Einführung der Briefwahl vom 25.03.2003 Erfolg. Der Stadtrat verabschiedete in seiner Sitzung 08.04.2003 eine Änderung des § 27 der Ausländerbeiratsatzung. Darin wurde geregelt, dass die Wahlberechtigten schriftlich Briefwahlunterlagen beantragen können.

In der Integrationsbeiratsatzung vom 25.11.2008 wurde die Briefwahl weiter an die Abläufe der anderen Wahlen angepasst. Ab der Wahl 2009 gibt es nun in der Woche vor dem Wahlsonntag ein Briefwahlbüro, in dem man seine Stimme direkt abgeben kann.

ZUR PERSON: STEPHAN SCHÄFER

Stephan Schäfer ist Verwaltungsmitarbeiter im Hauptamt der Landeshauptstadt Saarbrücken. Seit 1990 ist er für das formelle Satzungsverfahren zuständig. Bis zum Wechsel der Sachbearbeitung des Ausländer- / Integrationsbeirates zum Zuwanderungs- und Integrationsbüros (ZIB) war Stephan Schäfer auch inhaltlich für Satzungsentwürfe zuständig.



Stephan Schäfer in seinem Büro. Das Foto entstand ca. im Jahr 2000. Foto: Archiv Integrationsbeirat

DER AUSLÄNDERBEIRAT SAARBRÜCKEN WAR MITBEGRÜNDER DER SAARLANDWEITEN DACHORGANISATION AGSA

Die „Arbeitsgemeinschaft der saarländischen Ausländerbeiräte (AGSA)“ wurde am 12. Mai 1991 gegründet. Gründungsmitglieder waren die Ausländerbeiräte Saarbrücken, Merzig, Dillingen, Neunkirchen, Sulzbach, Saarlouis und Mettlach. Ziel der AGSA als Dachorganisation auf Landesebene war es, Erfahrungen aus-

zutauschen und über gemeinsame Vorgehensweisen zu beraten. Nach der Änderung des Paragraphen 50 des Kommunalen Selbstverwaltungsgesetzes (KSVG) und der Umbenennung der „Ausländerbeiräte“ in „Integrationsbeiräte“ einigten sich die Delegierten der saarländischen Integrationsbeiräte auf einen neuen

Namen für den saarländischen Dachverband: SIR – Saarländischer Integrationsrat. Vorsitzender ist aktuell Patrizio Maci aus Saarlouis mit Mohamed Maiga – dem ehemaligen Sprecher des Saarbrücker Beirats – als Geschäftsführer.

DER EWIGE KAMPF UM MEHR RECHTE

Die Diskussion um die Rechte und Einflussmöglichkeiten des Saarbrücker Ausländer- / Integrationsbeirates ist so alt wie der Beirat selbst. Von Anfang an nutzte und verteidigte der Beirat seine politischen Partizipationsmöglichkeiten, die ihm laut Kommunalem Selbstverwaltungsgesetz (KSVG) zustanden. Doch schon der erste Ausländerbeirat (1989 - 1994) stellte in Frage, weshalb er sich als politische Interessensvertretung von Nichtdeutschen laut § 50.IV KSVG auf „die Belange von Ausländern“ zu beschränken habe. In einem Schreiben an den Saarländischen Städte- und Gemeindegremium, der auszugsweise im „3. Arbeitsbericht des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt Saarbrücken April 1994 - Dezember 1995“ veröffentlicht wurde, beklagte sich der Beirat darüber, dass die Ausländerbeiräte im Saarland in der Praxis immer wieder auf Hindernisse stießen, die das Ausschöpfen ihrer Zuständigkeiten teilweise unmöglich machten: „Es kam häufig vor, daß den Sprechern der Ausländerbeiräte das Rederecht im Stadt- oder Gemeinderat mit der Begründung verweigert wurde, das Thema sei vom Begriff der ‚Belange‘ im Sinne des 50.IV KSVG nicht gedeckt.“ Dabei berühre „die Frage des Baus einer neuen Straße oder einer Fußgängerzone oder etwa die Schließung einer kommunalen Einrichtung“ die „Belange der nichtdeutschen Einwohner nicht weniger als die der deutschen Einwohner“.

Mehrfach unternahm der Saarbrücker Ausländerbeirat Versuche, die Rechte des Gremiums zu stärken. So forderte er im Mai 1997 eine Satzungsänderung, die gewährleisten sollte, dass der Ausländerbeirat an Sitzungen des Stadtrates, der Ausschüsse und Bezirksräte teilnehmen darf. Ein Jahr lang wurde in den Ausschüssen beraten, im Juli 1998 wurde die neue Satzung verabschiedet, die der damalige Beirats-Spre-

cher Suat Mentès enttäuscht als „Minimalkonsens“ bezeichnete. Denn zentrale Forderungen des Beirats fanden im Stadtrat keine Mehrheit. Dazu gehörten etwa das Teilnahmerecht an nichtöffentlichen Sitzungen des Stadtrates und dessen Ausschüssen, die Einbindung eingebürgerter Deutscher sowie eine Berechtigung für Asylbewerber, bei der Wahl des Ausländerbeirates ihre Stimme abzugeben. Notwendig geworden war die Satzungsänderung durch die Einführung des Kommunalwahlrechts für EU-Bürger, das zum 1. Januar 1996 in Kraft getreten war. Für diesen Fall hatte es in Paragraph 33 der alten Satzung geheißen: „Diese Satzung tritt mit dem Zeitpunkt außer Kraft, an dem im Saarland ein kommunales Ausländerwahlrecht eingeführt wird“ – was im September 1995 in Folge der Maastrichter Verträge geschehen war.

Eine weitere große Debatte über eine Reform des Ausländerbeirates begann im Jahr 2005 und setzte sich bis zur Wahl des ersten Integrationsbeirates 2009 fort. 2005 sprach sich der Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Saarbrücken in einem Initiativantrag für die Weiterentwicklung des Beirates zu einem gemischt besetzten Gremium (gewählte Ausländer und Stadtratsmitglieder) aus, um eine bessere Verzahnung zwischen den Parteien im Stadtrat und den Mitgliedern des Ausländerbeirates zu erreichen. Modell stehen sollte bei der Umgestaltung des Beirates der Duisburger „Beirat für Zuwanderung und Integration“.

Eine Art „Erprobung“ des neuen Modells wäre über die sogenannte „Experimentierklausel“ des saarländischen Gemeinderechts möglich gewesen. Sie besagt, dass die oberste Kommunalaufsichtsbehörde „zur Erprobung neuer Modelle der Steuerung und des Haushalts- und Rechnungswesens“ auf Antrag

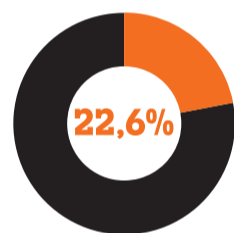
„Ausnahmen von organisations- und haushaltsrechtlichen Bestimmungen dieses Gesetzes“ zulassen kann. Doch die Kommunalaufsicht lehnte den Antrag des Ausländerbeirates ab.

Für eine dauerhafte Reform des Gremiums wäre eine Änderung des Paragraphen 50 des Kommunalen Selbstverwaltungsgesetzes erforderlich gewesen. Einen entsprechenden Antrag hatten der Saarländische Städte- und Gemeindegremium und die Arbeitsgemeinschaft Saarländischer Ausländerbeiräte (AGSA) im Februar 2006 beim Innenministerium gestellt. Doch auch dieser wurde nicht bewilligt.

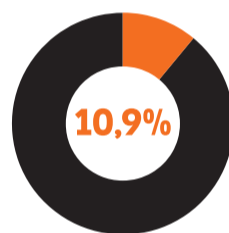
Im Oktober 2008 wagte der Beirat mit einem neuen Initiativantrag wieder einen Vorstoß, um mehr politischen Einfluss zu gewinnen. In diesem Antrag pochte er auf das verbriefte Recht, an Sitzungen des Stadtrates teilzunehmen und bei Angelegenheiten, die die in Saarbrücken lebenden Ausländer betreffen, mitzureden. Außerdem forderten die Beiratsmitglieder, dass alle Selbstverwaltungsangelegenheiten, die Ausländer betreffen, dem Beirat zur Stellungnahme vorgelegt werden, bevor die Ausschüsse des Stadtrates ihre Beschlüsse fassen.

Am 25.11.2008 verabschiedet der Stadtrat eine neue Satzung für das Gremium, das fortan nicht mehr Ausländer- sondern Integrationsbeirat hieß. Rechtliche Grundlage bildete die im Mai 2008 erfolgte Änderung der Paragraphen 12 und 50 KSVG.

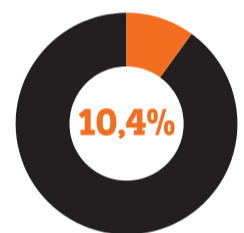
Seitdem besteht der Beirat zu zwei Dritteln aus Mitgliedern mit ausländischem Pass (in Urwahl von der ausländischen Bevölkerung gewählt) und zu einem Drittel aus FraktionsvertreterInnen aus dem Stadtrat.



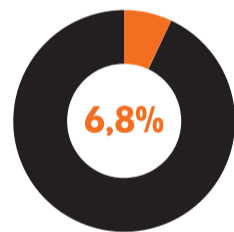
1989



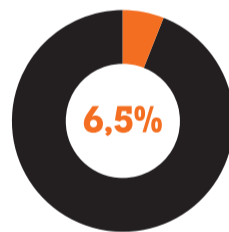
1994



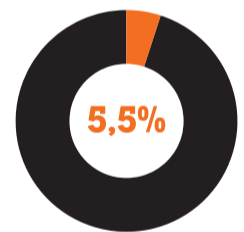
1999



2004



2009



2014

Wahlbeteiligung 1989 bis 2014



BEFRAGUNG ERGAB: MIGRANTEN KRITISIEREN GERINGEN EINFLUSS DES AUSLÄNDERBEIRATES

Als Grundlage für eine öffentliche Diskussion des angestrebten Reformkurses hatte der Saarbrücker Ausländerbeirat bei der „isoplan consult“ im Herbst 2007 eine Studie in Auftrag gegeben, die unter an-

derem aufzeigen sollte, welche Ansprüche MigrantInnen an eine Interessenvertretung stellen und wo sie Defizite sehen. Die Ergebnisse der Studie, für die 80 SaarbrückerInnen mit Migrationshintergrund befragt worden waren, wurden unter dem Titel „Neue Wege der Partizipation von MigrantInnen in Saarbrücken“ veröffentlicht. Die Befragung ergab, dass die Hälfte der Befragten den Ausländerbeirat kannte, jedoch nur

vier Personen sich durch ihn gut vertreten fühlten. Neun Befragte sagten, der Beirat vertrete sie zwar, habe aber zu geringe Einflussmöglichkeiten. Von vielen wurde das Vorhandensein eines Ausländerbeirates grundsätzlich begrüßt und das Engagement seiner Mitglieder gelobt. Zugleich wurde kritisiert, dass das Gremium nicht viel bewegen könne und nicht alle Mitglieder über die nötige Qualifikation verfügten.

MÖGLICHE GRÜNDE FÜR DIE GERINGE WAHLBETEILIGUNG

Von Wahl zu Wahl nutzten immer weniger Wahlberechtigte die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben und mitzuentcheiden, wer ihre Interessen in der saarländischen Landeshauptstadt vertritt. Warum? Eine 2007 vom Ausländerbeirat in Auftrag gegebene Studie gab erste Aufschlüsse über die möglichen Gründe, über die man ansonsten jedoch nur Vermutungen aufstellen kann. Naheliegend sind die Erklärungen, die – in

etwas anderem Wortlaut – in der StatInfo_2_14 des Amt für Entwicklungsplanung, Statistik und Wahlen zu finden sind:

Trotz Aufklärungsarbeit und Werbeaktionen wissen nicht alle Wahlberechtigten, dass sie eine politische Beteiligungsmöglichkeit haben. Andere wissen es, sind aber nicht daran interessiert. Knapp die Hälfte der Wahlberechtigten sind EU-Ausländer, die auch bei den Kommunal- und Europawahlen wählen dürfen und daher vielleicht kein Interesse

mehr an der Integrationsbeiratswahl haben. Gut 54 Prozent der Wahlberechtigten wohnen weniger als zehn Jahre in Saarbrücken (z.B. Studenten, Werkarbeiter) und haben an der politischen Partizipation in dieser Stadt möglicherweise kein Interesse, da sie ihren Aufenthalt nur als vorübergehend ansehen. Viele Listen haben einen Bezug zur Staatsangehörigkeit und/oder sind auf einzelne Personen bzw. Gruppen fixiert, es gibt nur wenige übergreifende Listen. Wer sich durch die Listen nicht vertreten fühlt, geht vielleicht auch nicht wählen.



DIE ARBEIT DES ERSTEN SAARBRÜCKER INTEGRATIONSBEIRATS (2009 - 2014) IM RÜCKBLICK

Von Veronika Kabis

Die kommunalpolitische Vertretung der Einwohnerinnen und Einwohner mit ausländischem Pass in Saarbrücken feiert in diesem Jahr ein Jubiläum: Es gibt sie seit 25 Jahren! Viermal wurde seit 1989 ein Ausländerbeirat gewählt und erstmalig 2009 ein Integrationsbeirat. In der Arbeit dieser Gremien gibt es einerseits eine große Kontinuität. An der Aufgabenstellung hat sich schließlich nichts geändert – auch wenn der neue Titel dies zu suggerieren scheint. Der Integrationsbeirat vertritt, ebenso wie früher der Ausländerbeirat, die Interessen der Menschen mit ausländischem Pass auf kommunalpolitischer Ebene. Andererseits vollzog sich mit Änderung des § 50 Kommunalselfverwaltungsgesetz (KSVG) ein wichtiger Einschnitt, was die Zusammensetzung des Gremiums betrifft. Wurden vorher fünfzehn ausländische Mitglieder am Wahltag gewählt, sind es jetzt nur noch zehn. Der Beirat wird anschließend um fünf Vertreterinnen und Vertreter der Stadtratsfraktionen ergänzt. In der zu Ende gehenden Legislaturperiode hatten die Mitglieder Gelegenheit, erste Erfahrungen mit diesem Modell zu sammeln.

Die neue Zusammensetzung hat durchaus spürbare Veränderungen in der Arbeitsweise des Beirats mit sich gebracht. Ganz sicher hat es sich positiv ausgewirkt, dass deutsche und zugewanderte Politikvertreterinnen und -vertreter gleichberechtigt am Tisch sitzen und die anstehenden Themen gemeinsam beraten. Das ist ein Gewinn für die Diskussionskultur und eine Normalisierung, was das Gespräch auf Augenhöhe angeht. Zugleich konnte man während der zurückliegenden Jahre aber auch bemerken, dass es durchaus unterschiedliche Erwartungen und Vorstellungen vom Miteinander im Integrationsbeirat gab: Für die ausländischen Mitglieder stand eher das gleichberechtigte Mitmischen in der Kommunalpolitik als Ausdruck ihrer selbstbewussten, politischen Partizipation im Vordergrund, während bei den anderen der Fokus stärker auf klassischen Integrationsthemen lag.

Partizipation oder Integration? Das sind zwei unterschiedliche Perspektiven, die zu durchaus unterschiedlichen Strategien und Entscheidungen führen können. So positiv man das einträchtige Miteinander der zwei neuen „Lager“ im Integrationsbeirat bewerten

kann – im Vergleich zur früheren Form des Ausländerbeirats hat dieses neue Gremium vielleicht auch ein wenig an Biss verloren. Es wird erkennbar weniger um Positionen und Zugeständnisse gerungen. Während früher auch „unbequeme“ Beschlussvorlagen vom Integrationsbeirat in den Stadtrat eingespielt wurden, findet der Aushandlungsprozess nun bereits im Vorfeld der politischen Diskussion in den Ausschüssen statt. Hatte der Ausländerbeirat in gewisser Weise noch eine oppositionelle Funktion, so ist der Integrationsbeirat nun durch seine strukturelle Verflechtung mit den Stadtratsfraktionen ein Teil des Systems. Das ist nichts Schlechtes – aber es ist etwas anderes.

Neben vielen Einzelthemen, mit denen sich der erste Integrationsbeirat unter dem Vorsitz von Mohamed Maiga' und seinen Stellvertreterinnen Sadija Kavgić-van Weert und Emine İsgören beschäftigt hat, stechen drei Themen hervor:

Erstens hakte er beharrlich nach, was die frühkindliche Sprachförderung in den Kindertageseinrichtungen der Stadt betrifft. Die Verwaltung hat in diesem Bereich in den letzten Jahren deutlich aufgeholt und die Sprachförderung erkennbar stärker priorisiert als früher. Dennoch gab es Nachholbedarf, und die mehrfache Behandlung der Sprachförderung in den Beiratssitzungen hat zweifellos geholfen, dass das Thema nicht mehr aus dem Fokus der Politik gerückt ist.

Zweitens hat der Integrationsbeirat eine Studie in Auftrag gegeben, um herauszufinden, wie es um die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten in den politischen Parteien und Gremien in Saarbrücken bestellt ist. Die Studie (durchgeführt durch das Institut GIM – Gesellschaftliche Integration und Migration an der HTW des Saarlandes/FITT gGmbH) hat die ernüchternde Erkenntnis gebracht, dass es noch nicht weit her ist mit dieser Beteiligung. Die Ergebnisse wurden öffentlich vorgestellt, und im Herbst 2013 schloss sich eine Fachveranstaltung mit Expertinnen und Experten aus anderen Städten im Bundesgebiet an. Das Thema war somit ein- für allemal öffentlich gesetzt. Eine Auseinandersetzung damit scheint bei mehreren Parteien in Gang gekommen zu sein, wie man im Vorfeld der Kommunalwahlen 2014 bemerken konnte.

Kurz vor Ende der Legislaturperiode hat der Integrationsbeirat schließlich vorgeschlagen, dass die LHS der bundesweiten „Charta der Vielfalt“ beitrifft. Der Stadtrat hat dem Vorschlag zugestimmt, und im Zuge der Umsetzung der mit der Charta verbundenen Selbstverpflichtungen kann man nun für die nächsten Jahre neue Impulse für die Entwicklung von Diversity-Strategien in der Stadtverwaltung erwarten.

(erschieden in: „StatInfo_2_14“, hrsg. vom Amt für Entwicklungsplanung, Statistik und Wahlen, 2014)

„Wunderbar wäre es, wenn die Ausländerbeiräte irgendwann einmal feststellen könnten, daß ihre Tätigkeit nicht mehr vonnöten ist, weil alle ihre Ziele – Gleichberechtigung, Chancengleichheit, Toleranz – in der deutschen Gesellschaft verwirklicht wurden..“

”

Veronika Kabis/Ikbal Berber in: *Arbeitsgemeinschaft saarländischer Ausländerbeiräte – Dokumentation 1990-1991*, hrsg. vom Ausländerbeirat Saarbrücken, September 1991

ZUR PERSON: VERONIKA KABIS

Leiterin des Zuwanderungs- und Integrationsbüros (ZIB) der Landeshauptstadt Saarbrücken ist mit Veronika Kabis eine Migrationsexpertin der ersten Stunde. Den Themen Zuwanderung und Integration hatte sie sich schon verschrieben, als die wissenschaftliche und politische Auseinandersetzung damit bundesweit noch in den Kinderschuhen steckte. Als studierte Übersetzerin für Französisch und Englisch bildete sich Veronika Kabis in verschiedenen, für das

Thema Zuwanderung und Integration relevanten, Disziplinen fort.

Im April 1990 nahm sie ihre Tätigkeit als erste Geschäftsführerin des Saarbrücker Ausländerbeirates auf, 1993 wechselte sie zum Deutsch-Ausländischen Jugendclub (DAJC), für den sie bis 2000 die Geschäfte führte. In den folgenden drei Jahren war Veronika Kabis in der interkulturellen Projektarbeit und als Autorin für Fachzeitschriften und Zeitungen tätig. In dieser Zeit war sie unter anderem für ein EU-Projekt zur Situation binationaler Familien in Europa verantwortlich.



STADTRATSMITGLIEDER ÜBER IHRE ERFAHRUNGEN IM INTEGRATIONSBEIRAT

Der Ausländerbeirat bestand von 1989 bis 2009 ausschließlich aus Mitgliedern mit ausländischem Pass. Im Rahmen der Gesetzesänderung des § 50 Kommunalselfverwaltungs-gesetz wurde neben der Namensänderung auch die Struktur des Gremiums geändert: Seit 2009 besteht es zu zwei Dritteln aus Mitgliedern mit ausländischem Pass (in Urwahl von der ausländischen Bevölkerung gewählt) und zu einem Drittel aus FraktionsvertreterInnen aus dem Stadtrat, die dort nach dem sogenannten „D'Hondt-Verfahren“ (proportional zu den Sitzen im Stadtrat) gewählt und in den Beirat entsendet werden. Derzeit sind die Fraktionen von SPD und CDU mit jeweils zwei Mitgliedern und die Stadtratsfraktion der Linken mit einem Mitglied vertreten.

Britta Blau (SPD) und Rainer Ritz (CDU) gehörten bereits dem ersten Saarbrücker Integrationsbeirat (2009 – 2014) an und sind auch im 2014 gewählten zweiten Integrationsbeirat wieder dabei. Wir fragten sie nach ihren bisherigen Erfahrungen, ihre Einbindung in das Gremium und die Partizipationsmöglichkeiten von Migranten in der Kommunalpolitik.



Britta Blau, SPD (Foto: SPD/Müller)

„Herzlichen Glückwunsch zum 25. Geburtstag des Integrationsbeirates, dem früheren Ausländerbeirat. Für die SPD-Stadtratsfraktion gehöre ich ihm nun in der zweiten Legislaturperiode an.

Migration, Integration und Antidiskriminierung sind seit Beginn meiner beruflichen Laufbahn wichtige Themen. Das Engagement im Integrationsbeirat war daher naheliegend. Damit möchte ich mich auch für Toleranz und Vielfalt einsetzen und Artikel 3 des Grundgesetzes verteidigen. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich! Als Stadtverordnete im Integrationsbeirat bringe ich Themen und Anregungen aus dem Beirat direkt in die Arbeit des Stadtrats und seiner Ausschüsse ein und informiere den Beirat aus erster Hand über aktuelle Themen.

In den letzten 25 Jahren hat sich der Integrationsbeirat einen festen Platz als Vertretung der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Stadt erworben. Hier haben sich über die Jahre viele Menschen engagiert und wichtige Themen vorangebracht. Leider ist die Wahlbeteiligung nach wie vor gering und die Einflussmöglichkeiten des Integrationsbeirates sind begrenzt.

Zur direkten Vertretung von Ausländerinnen und Ausländern in der Stadtpolitik brauchen wir meiner Meinung nach das kommunale Wahlrecht für alle. Viele Ausländerinnen und Ausländer leben seit langem hier, sie arbeiten und zahlen Steuern. Manche werben wir gezielt als Arbeitskräfte an. Viele engagieren sich ehrenamtlich und bringen sich in unsere Gesellschaft

ein. Sie tragen zur Vielfalt unserer Stadtgesellschaft bei. Wer länger hier lebt, sollte direkt mitbestimmen dürfen, wer die Geschicke der Stadt lenkt, sich auch selbst zur Wahl stellen und mitgestalten können. Das wäre auch eine Bereicherung unserer Stadtpolitik. Ich setze mich mit meiner Partei für eine entsprechende Neuregelung ein.

Der Integrationsbeirat würde dadurch nicht überflüssig, sondern sollte als Fachgremium die Interessen aller Menschen mit Migrationshintergrund vertreten. Ich wünsche ihm für seine Arbeit weiterhin alles Gute.“



Rainer Ritz, CDU

„Als sozialpolitischer Sprecher der CDU-Stadtratsfraktion gehöre ich seit vielen Jahren dem Integrationsbeirat an. Eine für mich sehr spannende Tätigkeit, denn der Beirat ist mehrheitlich mit Migranten besetzt. Hier beginnt für mich schon der erste Schritt zur Integration – die Sprache. Die Vielfalt der vertretenen Sprachen, das Bemühen jedes Einzelnen um Kommunikation, um verstanden zu werden, lässt mich sehr schnell erkennen – Saarbrücken ist bunt, weltoffen, international. Fördern und fordern, zwei wesentliche Aspekte für mich, damit Integration gelingen kann. Ohne Eigeninitiative, ohne Integrationswillen wird es schwierig. Parallelgesellschaften, Gettoisierung, Ablehnung entstehen. Dem will ich entgegen wirken. Deshalb setze ich mich besonders dafür ein, dass zugewanderte Menschen ernst genommen, willkommen heißen und mitgenommen werden, damit durch

ein positives Klima für Zugewanderte das Fremdsein weicht. Hier leisten bereits die vielen Vereine und Verbände in Saarbrücken eine wertvolle Arbeit. Wir als Integrationsbeirat unterstützen diese Akteure durch logistische Hilfestellungen, aber auch durch finanzielle Unterstützung einzelner Veranstaltungen. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben – ein wichtiger Baustein, damit Integration gelingen kann. Auch hier konnten wir als Integrationsbeirat etwas bewegen. Alle Ratsangelegenheiten, die die Verwaltung initiiert, sowie alle Anträge der Fraktionen werden auf integrationspolitische Schnittstellen hin geprüft. Liegen diese vor, kann der Integrationsbeirat vor einer Entscheidung eine Stellungnahme dazu abgeben. Ein anderer Blickwinkel eröffnet bekanntermaßen oftmals neue Lösungsmöglichkeiten.

Für mich bedeutet Zuwanderung aber auch Bereicherung. Bereicherung durch Leben mit und Lernen von anderen Kulturen. Zuwanderung ist für mich nicht nur die Gleichsetzung mit dem Produktionsfaktor Arbeit, sondern auch ein wichtiger Faktor in unserer Wissensgesellschaft. Ohne Wissen kein Fortschritt. Und die Religion? In unserer sachlich geprägten Arbeit spielt sie keine so große Rolle. Der Integrationsbeirat selbst ist ein Beispiel dafür, dass unterschiedliche Religionen friedlich zusammenleben können. Nachahmen ist ausdrücklich erwünscht. Ich würde mich freuen, wenn ich noch viele für diese wichtige Arbeit in unserem Gemeinwesen begeistern könnte. Es lohnt sich! Lieber Integrationsbeirat: Zum 25sten herzlichen Glückwunsch! Joyeux Anniversaire! Buon Compleanno!“

MIGRANTEN IN DER SAARBRÜCKER KOMMUNALPOLITIK

Den Anteil von Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund betreffend, gibt es in deutschen Großstädten erhebliche Unterschiede. Laut der Studie „Vielfalt sucht Rat – Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten“ des Max-Planck-Instituts aus dem Jahr 2011 reichte die Spannweite im Untersuchungszeitraum von null bis 15 Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund.

Im Saarbrücker Stadtrat hatte 2009 eines der 63 Ratsmitglieder einen Migrationshintergrund – das entspricht 1,6 Prozent (bei einem Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund von 23 Prozent). Im aktuellen Stadtrat, der am 25. Mai 2014 gewählt wurde, gibt es zwei Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund. Der Ausländer- / Integrationsbeirat als Sprungbrett für die parteipolitische Karriere

„Unter den Karrierewegen zum Stadtratsmandat ist das Engagement in einem Ausländer- oder Integrationsbeirat besonders häufig“, heißt es in der Studie. In

35 Prozent der Fälle kamen Eingebürgerte über ihre Beiratsmitgliedschaft in den Stadtrat. „Offenbar“, so heißt es in der Studie, „haben die aufgrund ihres geringen politischen Einflusses gescholtene Ausländerbeiräte eine bislang übersehene Funktion: Sie tragen zur politischen Sozialisation von Einwanderern in den politischen Strukturen deutscher Städte und zur Herausbildung einer Schicht auch zur parteipolitischen Aktivität bereiter Personen bei.“

Interessant ist auch das folgende Ergebnis: „Die kommunale politische Karriere gelingt überwiegend den formal hoch Gebildeten. 66 Prozent der Ratsmitglieder in unserer Stichprobe besitzen einen Hochschulabschluss.“

(Quelle: Studie „Vielfalt sucht Rat – Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten“. Studie des Max-Planck-Instituts zur Erforschung multireligiöser und multiethischer Gesellschaften. Hrsg. von der Heinrich Böll Stiftung; Reihe Demokratie, Band 27, 2011)

Zur Bundes- und Landtagswahl 1994 startete der Ausländerbeirat in Zusammenarbeit mit Charlie Bick eine Theateraktion auf dem St. Johanner Markt. Mit „Sandwichs“ – umgehängten Werbetafeln – wiesen Mitglieder des Beirates auf die Ungerechtigkeit hin, dass Ausländer, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, sich nicht an den Wahlen beteiligen dürfen und ihnen damit „ein Grundrecht verwehrt bleibt“.

Foto: Archiv Integrationsbeirat





Der 3. Ausländerbeirat bei einer seiner Sitzungen im Rathaus St. Johann.
Foto: Archiv Integrationsbeirat

POLITISCHE PARTIZIPATION: MIGRANTEN WOLLEN NICHT NUR MITREDEN, SONDERN AUCH MITBESTIMMEN!

Die Schaffung eines Ausländerbeirates für die Landeshauptstadt Saarbrücken im Jahr 1989 war ein großer Erfolg für all jene, die sich für eine kommunale Interessensvertretung für die ausländische Bevölkerung eingesetzt hatten. Aber von Anfang an sahen sie in dem Beirat nur eine „Zwischenlösung“, da der Ausländerbeirat zwar Mitsprache- aber keine Mitbestimmungsrechte hatte. Eigentliches Ziel war die Schaffung eines kommunalen Wahlrechtes für Ausländer, wie es am 10. Oktober 1995 für EU-Bürger in Kraft trat. Um auch Nicht-EU-Bürgern dieses Recht gewähren zu können, müsste eine Zweidrittelmehrheit im Landtag für eine entsprechende Änderung der saarländischen Verfassung stimmen.

Veranstaltungen und Studien des Ausländer- / Integrationsbeirates zum Thema „politische Partizipation“ (Auswahl):

Februar 1991: „Politische Partizipation von Ausländern“. Diskussionsrunde über Wahlrecht, Einbürgerung und doppelte Staatsbürgerschaft

1995: Diskussionsrunde „Politisches Engagement ausländischer BürgerInnen zwischen Selbstbestimmung und Frustration“

2007: Untersuchung zur Weiterentwicklung des Ausländerbeirates durch isoplan consult, Veröffentlichung der Ergebnisse: „Neue Wege der Partizipation von MigrantInnen in Saarbrücken“

2007: Teilnahme an einer SPD-Veranstaltung zum Thema „Integration durch politische Partizipation“
2007: Diskussion über das Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Ausländer

2012: Beauftragung der Forschungs- und Transferstelle GIM an der FITT gGmbH mit der Durchführung einer Untersuchung über die Beteiligung von Migranten in politischen Parteien in Saarbrücken

2013: Kleine Arbeitstagung „Arbeit und Chancen von Integrationsbeiräten“ für die saarländischen Beiräte; Vorstellung der Ergebnisse der Studie zur Beteiligung von Migranten in Parteien, Veröffentlichung der Studie und Einladung zur Fachveranstaltung „Politische Teilhabe – Wunsch oder Realität?“

DIE BISHERIGEN MITGLIEDER IN ALPHABETISCHER REIHENFOLGE

Abbaszadeh, Asgar
Akame, Randy
Akçan, Ali
Amelndola, Liliana
Andreacchi, Maria
Anna, Michel
Arcella, Antonella
Aycin, Lütfi
Balendran, Nadarajah
Barachino, Renato
Barba, Giovanni
Basar, Bilsen
Battaglia, Eleonora
Battaglia, Giuseppina
Ben, Abdullah
Ben, Hatice
Berber, Ikbâl
Bertucci, Mirco
Blau, Britta
Bray, Gilberte
Cabrera, Santiago
Calcagno, Angelo
Catalano, Antonio
Chinnathamby, Sathanatham Kathiresu
Chirinpour, Abolghassem
Conté, Lamine
Corallo, Giovanni
Diler, Yilmaz
Dogar, Mohammad Jahangir
Donoso Cifuentes, Alexis
Dorscheid, Rainer
Edelbluth, Willi

Elkin, Mikhaylo
Elvov, Ihor
Emrek, Orhan
Fritz, Marilyse
Geçtan, Yusuf
Gleyberman, Vadym
Grigorijs, Icelis
Grosmann, Tatjana
Harmandali, Ali
Heck, Louis
Iliev, Ivan
Işgören, Emine
Jenkins, Anmarie
Jung, Michael
Kartal, Ismail
Kavgić-van Weert, Sadija
Kont, Sami
Kristo, Ante
Kruger, Rudolphe
Kruse, Katja
Lercara, Giuseppe
Maiga, Mohamed
Meleva, Natalia
Menteş, Suat
Mochel, Francois
Mundele, „Tobie“ Mbala Mwen
Neumüller, Andreas
Ngatcha Nzouessa, Cyprien
Nieser, Jürgen
Ninaus, Anton
Oger, Pierre
Osei-Koffour, Kofi

Owusu, Emmanuel
Özcan, Yilmaz
Pacilli, Laura
Paintsil, Asomah David
Pallu, Jocelyne
Pelaia, Mario
Petry, Lillian
Posarić, Ivan
Potyka, Elisabeth
Ramirez, Adolfo
Renz-Skohoutil, Bettina
Rinoldo, Francesco
Ritz, Rainer
Rubino-Lipari, Grazia
Rybalko, Yuliya
Sadat-Goucheh, Nahid
Salihović, Nermin
Sannà, Francesco
Scandariato, Guglielmo
Schneider, Ozra
Shemmedi, Mehmet
Sugecmez, Özgür
Taşkıran, Mehmet
Tinon, Adriana
Uçmak, Levent
Ungers, Gabriele
Visvalingham, Sivasubramaniam
Vorobets, Valeri
Yildirim, Hasan
Yildiz, Haydar
Zagarrio, Giacinto

* Sprecher des Beirats

PROBLEME SICHTBAR MACHEN – RAUS AUF DIE STRASSE!

Beispiele für Aktionen und Demonstrationen, die der Ausländer-/ Integrationsbeirat organisiert oder unterstützt hat

APRIL 1990:

Demonstration für die „Rücknahme des Ausländergesetzentwurfs“ und Kundgebung auf dem St. Johanner Markt

SEPTEMBER 1990:

Infostände aus Anlass der „Woche der ausländischen Mitbürger“ auf dem St. Johanner Markt

OKTOBER 1991:

Mahnwache gegen Fremdenfeindlichkeit auf dem St. Johanner Markt

JULI 1993:

„Mensch ärgere dich (nicht) – mit lebenden Figuren protestierte der Ausländerbeirat Saarbrücken gemeinsam

mit Amnesty International auf dem St. Johanner Markt gegen die Änderung des Asylrechts

OKTOBER 1994:

„Ich bin urdeutsch, wenn es um meine Eigenschaften geht: ordentlich, fleißig, zuverlässig, darf aber nicht wählen“ – provokative, von Zeitungsanzeigen begleitete Aktion für die Partizipation von Migranten anlässlich der Kommunalwahl.

SEPTEMBER 1996:

Demonstration in der Saarbrücker Fußgängerzone gegen die Abschiebung von KurdInnen in die Türkei

MÄRZ 1997:

Demonstration auf dem Max-Ophüls-Platz für eine

sofortige Aufhebung der Visumsverordnung für ausländische Jugendliche unter 16 Jahren

JANUAR 1998:

Demonstration gegen das geltende Asylrecht und die drohende Abschiebung kurdischer Familien, die in der Johanneskirche in Hungerstreik getreten waren

2002:

Aktionen aus Anlass der Ermordung von Ahmet S.

DEZEMBER 2011:

Mahnwache für die Opfer von Morden wegen rechter Gewalt unter Kooperation mehrerer Integrationsbeiräte



DER INTEGRATIONSBEIRAT DER LANDESHAUPTSTADT SAARBRÜCKEN – WISSENSWERTES AUF EINEN BLICK

Der Integrationsbeirat ist die kommunalpolitische Vertretung der Saarbrückerinnen und Saarbrücker mit ausländischem Pass. Er hat die Aufgabe, Anträge an den Stadtrat und die Ausschüsse zu stellen, damit die Belange von Bürgerinnen und Bürgern anderer Herkunft in der Kommunalpolitik der Landeshauptstadt stärker berücksichtigt werden.

Nach einer Änderung des Kommunalen Selbstverwaltungsgesetzes im Jahr 2009 hatte der Integrationsbeirat den früheren Ausländerbeirat abgelöst. Im Ausländerbeirat waren fünfzehn, in Urwahl gewählte, Mitglieder ausländischer Staatsbürgerschaft vertreten.

Im Unterschied dazu besteht der Integrationsbeirat zu zwei Dritteln aus Einwohnerinnen und Einwohnern, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sind, und zu einem Drittel aus Mitgliedern des Stadtrates der Landeshauptstadt Saarbrücken.

Die nichtdeutschen Mitglieder des Integrationsbeirates werden von den Einwohnern ohne deutsche Staatsbürgerschaft in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer, geheimer und freier Wahl gewählt. Zur Wahl des Integrationsbeirates berechtigt sind alle ausländischen EinwohnerInnen, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet und seit mindestens drei Monaten in der

Landeshauptstadt Saarbrücken ihre Hauptwohnung haben. Eingebürgerte dürfen weder an den Wahlen teilnehmen, noch für den Beirat kandidieren. Für die Bestimmung der Mitglieder des Stadtrates gelten die Vorschriften über die Besetzung der Ausschüsse.

Der Beirat wird für fünf Jahre gewählt. Die letzte Wahl fand am 6. April 2014 statt.

Weitere Informationen und die Satzung des Beirates im Internet unter www.saarbruecken.de/integrationsbeirat

KOMMUNALES WAHLRECHT FÜR MIGRANTINNEN STATT INTEGRATIONSBEIRAT

Ein Interview mit Dirk van den Boom

Mit welchen Herausforderungen sehen sich die Mitglieder des Saarbrücker Integrationsbeirates heute konfrontiert?

Sie müssen Themen finden, die in der Öffentlichkeit auf Resonanz stoßen. Man braucht die politische Diskussion, muss aber andererseits auch schauen: „Was machen wir praktisch?“ Denn das macht Kommunalpolitik aus. Dafür muss man aber verstehen, wie Kommunalpolitik funktioniert. Doch das ist selbst für viele deutsche Bürger ein Buch mit sieben Siegeln, da größere Städte wie Saarbrücken eine relativ komplexe Struktur haben, in der man sich nur zurechtfindet, wenn man weiß, wer wofür zuständig ist und wer welche Kompetenzen hat.

Trotz dieser Schwierigkeiten haben die früheren Ausländerbeiräte ihre Chance genutzt, in der Kommunalpolitik ihre Stimme zu erheben. In den letzten Jahren wurde diese Stimme leiser – warum?

Bei der Wahl zum ersten Integrationsbeirat 2009 hat es den Beginn eines Generationswechsels gegeben, der jetzt weitgehend abgeschlossen ist. Die Ausgangsposition ist schwierig, weil die Wahlbeteiligung so niedrig war, die meisten neuen Mitglieder kommunalpolitisch unerfahren sind und zum Teil auch der Zeitaufwand unterschätzt wird, dessen es bedarf, um im Rahmen der Möglichkeiten wirklich etwas zu bewegen. Das ist eine ganz andere Situation als in den 1980er Jahren, als die Ausländerbeiräte neu waren und es große Erwartungen und Hoffnungen gab. Heute erleben wir eine „Ernüchterungsphase“.

Sie stellen fest, dass die Verzahnung von Stadtrat und Integrationsbeirat nicht wie erhofft realisiert wurde, obwohl hier – im Unterschied zum früheren Ausländerbeirat – auch Mitglieder des Stadtrates vertreten sind. Worauf führen Sie das zurück?

Die Stadtratsmitglieder nehmen sich offenbar nicht durchgehend als Mitglieder des Integrationsbeirates wahr, sondern als „Empfänger“ von Botschaften, die die gewählten Mitglieder senden sollen. Die Frage sollte nicht sein „Was wollt ihr?“, sondern „Was machen wir jetzt gemeinsam?“.

Ich verstehe, dass die Stadtratsmitglieder nicht zu forsch auftreten möchten, aber sie sollten sich dennoch aktiv einbringen. Denn es geht um Integration, also nicht darum, dass die Migranten etwas tun, sondern dass ein Gremium von Leuten mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft integrationspolitische Themen in der Kommunalpolitik gemeinsam voranbringen.

Hat das Modell Integrationsbeirat auf Dauer eine Chance, weiterzubestehen?

Grundsätzlich bin ich der Ansicht, dass man die Integrationsbeiräte bundesweit abschaffen und stattdessen ein aktives und passives kommunales Wahlrecht für Migranten ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die dauerhaft in Deutschland leben, einführen sollte. Sobald ein verfestigter Aufenthalt vorliegt, gibt es in der Art und Weise, wie man hier lebt, arbeitet und am öffentlichen Leben teilnimmt, für mich keinen Unterschied zu einem EU-Ausländer – auch, was den gesellschaftlichen Status und die sozialen Rechte angeht.

Wer könnte dieses Kommunalwahlrecht einräumen?

Da ist erst einmal das Land gefragt. Ich würde da keine verfassungsrechtlichen Bedenken sehen.

Der frühere Ausländerbeirat war nicht nur in Form seiner Ausschusstätigkeit politisch aktiv, sondern wurde auch ganz praktisch tätig – etwa durch die Organisation von Demonstrationen, Informationsveranstaltungen und Aktionen. Wäre ein „Zurück zu den Anfängen“ ein denkbarer Weg?

Je nachdem, wie hoch der Ausländeranteil in einer Stadt ist, kann der Integrationsbeirat eine gewisse Meinungsmacht entwickeln. Er hat zwar keine Entscheidungsbefugnisse, aber er hat sehr wohl die Möglichkeit, politische Entscheidungen anzustoßen. Dafür muss er schauen, wo es Probleme gibt – in den Stadtteilen, in den Schulen, bei den Flüchtlingen, die bei uns leben. Und er muss seine Kompetenzen

nutzen, indem er zum Beispiel das Gespräch mit dem Bildungsministerium, mit Dezernenten und Ämtern sucht. Oder indem er die Landesaufnahmestelle Lebach besucht, mit den Menschen dort redet und sich als Ansprechpartner vorstellt. Aber für solche Aktivitäten braucht es ein großes Engagement und die Bereitschaft, über die Ausschussarbeit hinaus Zeit zu investieren.

Integrationsbeiräte, das hat sich in ganz Deutschland gezeigt, sind da erfolgreich, wo es starke Persönlichkeiten gibt, die sich engagieren. Dort, wo das der Fall ist, ist es gar nicht so wichtig, welche faktischen Kompetenzen dieses Gremium hat, sondern dort wird Meinungsbildung betrieben. Denn das Recht, öffentlich Stellung zu beziehen, haben diese Räte ebenso wie das Recht, kommunale Behörden zu konsultieren. Aber dies wird in dieser Form nicht immer wahrgenommen, weil zum Teil die Kenntnisse über diese Rechte fehlen und zum anderen eine gewisse Scheu besteht, sie auch zu nutzen.

Trotz erheblicher Anstrengungen in Form von Informationsveranstaltungen, Werbung und Presseaufrufen war die Beteiligung an den letzten Beiratswahlen extrem niedrig. Woran liegt das?

Die besten Wahlbeteiligungen, die es bei Integrationsbeiratswahlen derzeit bundesweit gibt, liegen bei maximal 30 Prozent. Es ist schwierig, den potentiellen Wählerinnen und Wählern klar zu machen, welchen Sinn es macht, zu dieser Wahl zu gehen. Ich denke in der Tat, dass sich das Instrument Integrationsbeirat mehr und mehr zu einer Art „Alibifunktion“ reduziert hat. Hinzu kommt, dass die eingebürgerten Deutschen im Saarland bei den Integrationsbeiratswahlen weder aufgestellt werden noch wählen dürfen. Das ist bundesweit einzigartig, und damit hat man sich hier einer Kandidaten- und Wählerklientel beraubt. Problematisch ist auch, dass die aufgestellten Kandidaten zwar sehr wohl politisch denken, zum Teil aber mit falschen Erwartungen in den Wahlkampf gehen und sich mit Themen wie ausländerrechtlichen Regelungen oder bilingualer Erziehung an Schulen beschäftigen – Fragen, die auf Bundes- und Landesebene entschieden werden und auf die sie in ihrer Funktion keinen direkten Einfluss nehmen können.

Für diejenigen, die solche Ziele haben, wäre es aber doch auch möglich, sich einer Partei anzuschließen, um auf diese Weise politisch aktiv zu werden.

Ja, alle großen Parteien nehmen auch Nicht-Staatsbürger auf, die das Recht haben, innerparteilich mitzuwirken. Allerdings dürfen sie nicht als Kandidaten aufgestellt werden.

Wie kommt es, dass die Interessen von Ausländern und Bürgern mit Migrationsgeschichte auf bundespolitischer Ebene vergleichsweise wenig vertreten werden, obwohl jeder fünfte Bundesbürger einen Migrationshintergrund hat?

Grundsätzlich war es schon immer so, dass nur die Interessen derer vertreten werden, die auch wählen dürfen. Wir hatten über Jahrzehnte das Problem, dass wir nicht eingebürgert haben beziehungsweise die Leute das Recht nicht wahrgenommen haben, weil die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft nicht gegeben war. Das ändert sich jetzt allmählich, auch durch die Diskussion über Zuwanderung und Integration und die Erkenntnis „Wir sind ein Einwanderungsland“. Was wir noch immer wenig haben – sowohl im Bundestag als auch in den Landesparlamenten – sind Menschen mit eigener Migrationserfahrung. Vor zwanzig Jahren lag die Quote noch bei Null. Es gibt da also schon eine Entwicklung, und die großen Parteien achten verstärkt darauf, entsprechende Kandidaten aufzustellen. Allerdings hat die Attraktivität von Parteien generell sehr abgenommen. Ein Deutscher mit Migrationshintergrund wird sich genauso wie jeder andere fragen, ob er die „Ochsentour“ durch die Institutionen auf sich nehmen will. Die Kritik am politischen System zieht sich durch die gesamte Gesellschaft. Junge Leute engagieren sich heute eher spontan für kurzfristigere Aktionen, als sich einer festen Institution wie einer Partei anzuschließen.

Wie kommt es, dass die „Pegida“-Bewegung dort am meisten Anhänger hat, wo – wie in Dresden – kaum Ausländer leben, während die erste „Saargida“-Demonstration in Saarbrücken gerade mal 300 Teilnehmer hatte und sich an der Gegendemo „Bunt statt Braun“ am 12. Januar 2015 9.000 Menschen beteiligten?

Weil sie mit den „Fremden“, die ja in vielerlei Hinsicht gar nicht so fremd sind, keinen täglichen Austausch haben. Dadurch haben sie sich nicht an „das Fremde“ und „den Fremden“ gewöhnt. Angst erwächst aus Unkenntnis, aus dem Mangel an persönlicher Lebenserfahrung.

Was kann man tun, um dieser Unkenntnis entgegenzuwirken und Ängste abzubauen?

Man muss überall da aktiv werden, wo sich Menschen begegnen: in den Schulen, in den Kindergärten beispielsweise. Dort muss die integrative Arbeit ansetzen. Tatsache ist jedoch, dass das Bildungsministerium anfangs mit einer gewissen Hilflosigkeit auf die Flüchtlingskinder reagierte, die jetzt im ganzen Land verteilt an den Schulen auftauchen, vor allem fehlt es an zusätzlichem Geld. Da gibt es eine Überforderung des Lehrpersonals, denn wir haben kein praktiziertes pädagogisches Konzept für die interkulturelle Bildung und Elternarbeit mit Flüchtlingen. Die Ideen dafür gibt es natürlich schon lange, diese umzusetzen erfordert jedoch Ressourcen.

In den 1990er Jahren kamen übrigens viel mehr Flüchtlinge zu uns als jetzt. Nach dem Asylkompromiss hat man die vorhandenen Kapazitäten bundesweit abgebaut, und nun wundert man sich, dass die Strukturen nicht mehr da sind, um die Menschen adäquat unterzubringen.

Sind die EU-Staaten in der aktuellen Flüchtlingsfrage inhuman?

Ihre Haltung ist moralisch nicht vertretbar, aber sie ist nicht inhuman, denn die Angst vor dem „Fremden“ ist absolut menschlich. Die Frage ist: Haben wir überhaupt noch die Regelungsmacht, große Migrationsbewegungen aufzuhalten? Die Geschichte hat gezeigt, dass es von der Antike bis heute keinen Staat gab, der diese Macht hatte. Und auch wir werden das nicht schaffen. Die allermeisten Flüchtlinge bitten nicht um Asyl, weil sie politisch oder aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Religion verfolgt werden, sondern aus existentieller Not. Diese Menschen wollen arbeiten, sich ein Leben aufbauen. Wir können es ihnen schwer und schwerer machen, aber wir werden sie nicht aufhalten. Sie werden kommen, und deshalb müssen wir uns überlegen, was wir tun, wenn sie da sind. Angesichts unserer demographischen Entwicklung sollten wir uns darauf konzentrieren. Wir selbst sterben langsam aus, wir haben diese Menschen bitter nötig.



ZUR PERSON: DIRK VAN DEN BOOM

Als Politikwissenschaftler hatte Prof. Dr. Dirk van den Boom mehrere Lehraufträge an der Universität Münster und der Universität des Saarlandes, seit 2012 ist er außerplanmäßiger Professor an der Universität Münster. Außerdem arbeitet er als Consultant in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Migrationspolitik und Sozialpolitik. Den Saarbrücker Integrationsbeirat unterstützt er seit der Kampagne zur Wahl 2014, unter anderem als Moderator und Workshop-Dozent. In der von ihm mitgegründeten gemeinnützigen Firma „Micado Migration“ entwickelt er Projekte im Bereich der Flüchtlingspolitik.

Santiago Cabrera hat für den ersten Ausländerbeirat kandidiert und war Mitglied des Organisationskomitees, das die Wahl 1989 vorbereitet hatte. Nun ist er wieder als Mitglied des zweiten Integrationsbeirates dabei und einer der stellvertretenden Sprecher.

Ivan Iliev ist Sprecher und Vorsitzender des aktuellen Integrationsbeirates, der 2014 gewählt wurde. 2008 kam er mit seiner Familie aus Bulgarien nach Saarbrücken, wo er einen Lehrauftrag an der Universität des Saarlandes hatte. Heute gibt er als Sprachlehrer seine Kenntnisse in zahlreichen Sprachen – darunter Bulgarisch, Englisch, Italienisch, Spanisch und Russisch – an andere weiter.



Ivan Iliev



Santiago Cabrera

BLICK ZURÜCK UND IN DIE ZUKUNFT

Ein Gespräch mit Ivan Iliev und Santiago Cabrera über große Hoffnungen, herbe Enttäuschungen und die Ziele, für die sich die Mitglieder des 2014 gewählten zweiten Integrationsbeirates einsetzen wollen.

Herr Cabrera, Sie waren 1989 im Organisationskomitee zur Wahl des ersten Ausländerbeirates und haben auch für diesen kandidiert. Seit 2014 sind Sie Mitglied des zweiten Integrationsbeirates. Wenn Sie zurückblicken: was war damals anders als heute?

Santiago Cabrera: Bei der ersten Wahl hatten wir alle noch die Hoffnung, wirklich etwas verändern zu können. Die Wahlbeteiligung war entsprechend groß, und im Beirat waren sehr viele Nationalitäten vertreten. Doch wir mussten schnell feststellen, dass wir überall an Grenzen stießen, keine Rechte hatten, die es uns ermöglicht hätten, wirklich etwas zu tun. Da war die Begeisterung natürlich weg, und entsprechend gering war auch die Beteiligung der ausländischen Bevölkerung an der Wahl 1994.

Immerhin ist es dem ersten Ausländerbeirat aber doch gelungen, mit seinen Anliegen eine breite Öffentlichkeit zu erreichen: über die Presse, durch Veranstaltungen und Demonstrationen.

Santiago Cabrera: Ja, aber all diese Aktivitäten gab es auch vorher schon, denn wir waren alle in verschiedenen Gruppen und Vereinen aktiv. Die Kurden zum Beispiel waren sehr gut organisiert, ich engagierte mich schon seit 1983 bei der Deutsch-Lateinamerikanischen Gesellschaft. Der einzige Vorteil des Ausländerbeirates war, dass es nun ein offizielles Organ gab.

Trotz dieser kritischen Haltung haben Sie 2014 für den zweiten Integrationsbeirat kandidiert. Was hat Sie dazu motiviert?

Ich denke, es wäre falsch, sich zurückzuziehen. Wir brauchen den Integrationsbeirat als offizielles Organ der Ausländerpolitik in Saarbrücken. Vor der Wahl 2014 wurde ich von zwei Parteien angesprochen, ob ich auf ihrer Liste kandidieren möchte. Trotz guter

Beziehungen zu einigen Parteien ist es mir aber wichtig, parteiübergreifend zu arbeiten. Deshalb habe ich „ja“ gesagt, als der Verein „Haus Afrika“ mich gefragt hat, ob ich bereit wäre, als Kandidat auf seiner Liste anzutreten.

Ab 1984 arbeiteten sie als Ausländerbeauftragter im Saarbrücker Kulturrat, eine Stelle, die damals ganz neu geschaffen wurde. Welche Bedeutung haben „ausländische“ Kulturschaffende und Vereine für das kulturelle und gesellschaftliche Leben in Saarbrücken?

Santiago Cabrera: Während meiner Tätigkeit im Kulturrat habe ich die erste Broschüre erstellt, in der alle ausländischen Vereine aufgeführt waren. Das war eine ganze Menge, da war wirklich was los. Es gab viele Demos, aber auch Vorträge, Lesungen und Auftritte von Musikgruppen. Es waren insgesamt bewegtere Zeiten, die Menschen waren stärker politisiert als heute. Aber es war auch eine gefährliche Zeit, in der es viele Gewalttaten von Rechtsextremisten gab – Brandanschläge auf Asylantenheime und Morde an Ausländern, auch hier im Saarland. Also mussten wir kämpfen, Widerstand leisten, und das haben wir getan.

Im Vergleich zu früher scheint der Integrationsbeirat heute weniger kämpferisch zu sein, ist – etwa bei Demonstrationen – nicht mehr so präsent. Oder trägt dieser Eindruck?

Ivan Iliev: Der Widerstand, von dem Santiago Cabrera gesprochen hat, hat zweifellos mehr Aktivität produziert. Es war eine Zeit, in der so vieles im Argen lag, dass man noch viele Ziele erreichen musste und konnte. Jetzt ist – zumindest an der Oberfläche – alles ruhig. Viele Dinge sind gesetzlich geregelt, viele gravierende Missstände wurden behoben. Dennoch gibt es auch heute Ziele, für die wir kämpfen müssen – allerdings nicht auf der Straße, sondern indem wir

Wege finden, um politisch mehr Einfluss nehmen zu können.

Welche ist die wichtigste politische Forderung des Saarbrücker Integrationsbeirates?

Ivan Iliev: Ganz klar das ‚Wahlrecht für alle‘, also auch für Nicht-EU-Bürger! Diese Forderung ist nicht neu, aber leider immer noch aktuell. Es kann nicht angehen, dass Menschen, die seit Jahren hier leben, arbeiten und Steuern zahlen, bei Wahlen nicht mitbestimmen dürfen. Zumindest EU-Bürger sollten auch auf Bundesebene wahlberechtigt sein. Es ist für die Gesellschaft ein Verlust, wenn die Stimmen eines Teils der Bevölkerung verloren gehen.

Mit welchen anderen Themen beschäftigt sich der Integrationsbeirat zurzeit?

Ivan Iliev: Ich möchte drei der Schwerpunkte nennen, die wir uns gesetzt haben: Der erste ist „Arbeit für Ausländer“, denn Integration ohne Arbeit ist keine Integration, und hier gibt es noch viel zu tun, etwa was die Anerkennung von Diplomen und Prüfungen betrifft, um nur ein Beispiel zu nennen. Zweiter Schwerpunkt ist die Information und Beratung von Ausländern, denn viele wissen nicht, welche gesetzlichen Regelungen es gibt, welche Rechte sie haben und an wen sie sich mit ihren Anliegen wenden können. Das dritte Thema sind Wohnungen, denn besonders für internationale Studierende ist bezahlbarer Wohnraum rar. 2014 haben wir bereits ein Projekt mit dem Studentenwerk der Universität des Saarlandes gestartet – aber das war nur ein Anfang. Wir möchten hier noch viel mehr tun, etwa in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Wohnungsgesellschaften in Saarbrücken. Ein weiteres großes Anliegen ist uns der Erhalt der Fachkurse für ausländische Studierende am Studienkolleg der Universität in der jetzigen Form.

UMSICHTIGE ARBEIT IM HINTERGRUND

Anne Kerber kümmert sich in der Geschäftsstelle um alle Belange des Integrationsbeirates von der Verwaltung über die Öffentlichkeitsarbeit und Organisation bis zu Workshops für die Mitglieder.



Als Anne Kerber nach ihrer Verwaltungsausbildung bei der Landeshauptstadt Saarbrücken die Geschäftsstelle des Integrationsbeirates übernahm, war sie gerade einmal 21 Jahre alt. Veronika Kabis, Leiterin des Zuwanderungs- und Integrationsbüros (ZIB), in dem Anne Kerber ebenfalls mitarbeitet, wusste, weshalb sie sich damals für die junge Absolventin aussprach. Denn Anne Kerber, die das ZIB bereits während ihrer Ausbildung kennengelernt hatte, war nicht nur sehr interessiert an den Themen Migration und Integration, sondern fiel auch als umsichtiges Verwaltungstalent auf.

Das allerdings, hört (oder liest) Anne Kerber nicht so gerne. Denn sie ist eine Frau der leiseren Töne, eine, die nicht im Vordergrund stehen will. Ihre Aufgabe in der Geschäftsstelle sieht sie darin, dafür zu sorgen,

dass der Integrationsbeirat seine politische Funktion möglichst gut erfüllen kann. Sitzungen vor- und nachbereiten, Ansprechpartnerin sein sowohl für den Beirat als auch für die Stadtverwaltung, Öffentlichkeitsarbeit machen und Kontakte – auch zu ehemaligen Beiratsmitgliedern – pflegen, all das ist Teil ihres Arbeitsalltags.

„Ein typischer Verwaltungsjob ist das nicht“, weiß Anne Kerber, inzwischen seit fünf Jahren im Amt. „Kein Tag ist wie der andere, was die Sache sehr abwechslungsreich macht, zugleich aber auch eine große Herausforderung ist.“ Die jedoch nimmt sie gerne an, denn die Arbeit macht ihr Freude, vor allem durch die „vielen unterschiedlichen und interessanten Menschen“, denen sie begegnet und deren Erfahrungen sie als Bereicherung empfindet. „Ich finde es toll,

dass sich Menschen ehrenamtlich engagieren, besonders im Beirat. Denn es ist wichtig, dass alle Bevölkerungsgruppen teilhaben an dem, was in Saarbrücken geschieht.“

Bei ihren Recherchen für die vorliegende Festschrift (dafür ein ganz herzliches Dankeschön der Redaktion) stieß sie im Stadtarchiv auf alte Sitzungsunterlagen zu vielen Themen, die ihr aus der aktuellen Beiratsarbeit vertraut sind. „Es ist faszinierend, zu sehen, welche Themen der Beirat schon in seiner Anfangszeit gesetzt hat, zum Beispiel mit der Forderung nach einer besseren Sprachförderung oder dem Wahlrecht für alle“, sagt Anne Kerber. Ihr Blick jedoch ist – auch im Jubiläumsjahr – gen Zukunft gerichtet: „Es ist spannend, den neuen Beirat von Anfang an zu begleiten und bei der Umsetzung seiner Ziele zu unterstützen.“

UND WAS DENKEN DIE STADTRATSFRAKTIONEN ÜBER DEN „JUBILAR“?

Wir baten die Stadtratsfraktionen um ihre Einschätzung der Arbeit des Ausländer- / Integrationsbeirates und fragten sie: Welche positiven Veränderungen wurden durch den Beirat angestoßen? Warum ist er wichtig? Außerdem baten wir um eine kritische Hinterfragung mit Blick auf die Zukunft: Gibt es genügend politische Partizipationsmöglichkeiten für MigrantInnen? Wie können mehr Menschen mit Migrationshintergrund zur Mitarbeit in den Parteien motiviert werden, und was tut Ihre Partei in dieser Richtung?

Ausführlichere Statements der Fraktionen finden Sie auf unserer Internetseite www.saarbruecken.de/integrationsbeirat.



„Saarbrücken ist eine bunte Stadt. Menschen aus rund 150 Nationen leben hier. Sie alle sollen die gleichen Rechte und Chancen in unserer Stadt erhalten. Der Integrationsbeirat ist seit 25 Jahren fester Bestandteil der Saarbrücker Integrationspolitik. Zusammen mit dem Zuwanderungs- und Integrationsbüro und vielen weiteren Akteuren. Er ist Bindeglied zwischen ausländischer Bevölkerung und Stadtpolitik und unterstützt Vereine und Initiativen. Zuletzt hat er mit der Aktion „Internationale Studierende suchen Wohnraum“ das Problem studentischer Wohnungsnot angepackt. Mit Erfolg. Wir möchten ihn stärken. Dafür stehen unsere Vertreterinnen und Vertreter im Beirat und seine gewählten Mitglieder, mit denen wir eng zusammenarbeiten. Ich danke allen, die sich im Beirat, in Initiativen und Vereinen für Integration und ein gutes Zusammenleben aller in Saarbrücken engagieren.“

Peter Bauer, Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion



„Ich kann mich noch sehr gut an die „Geburtsstunden“ des Ausländerbeirates erinnern. Zum damaligen Zeitpunkt war ich zum ersten Mal im Saarbrücker Stadtrat und durfte direkt erleben, wie sich engagierte Migrantinnen und Migranten für politische Beteiligungsmöglichkeiten eingesetzt haben. Von Anfang an war der Umfang der Beteiligungsrechte des Ausländerbeirates heftig umstritten. Das Recht, an Sitzungen des Stadtrates teilzunehmen sowie ein Rederecht im Stadtrat ist bis heute nicht formal verankert. Da Integration eine zunehmend wichtigere politische Aufgabe wird, führt an einem Ausbau der politischen Beteiligungsrechte kein Weg vorbei. Es ist heute nicht mehr einzusehen, dass EU-Ausländer sich bei der Kommunalwahl beteiligen können, langjährige Nicht-EU-Ausländer jedoch ausgeschlossen sind. Die zurückgehende Wahlbeteiligung zum Integrationsbeirat muss für uns alle eine Herausforderung darstellen, die politischen Beteiligungsrechte auszubauen und das Engagement in der Integrationspolitik wesentlich mehr zu unterstützen.“

Claudia Willger, Vorsitzende der Stadtratsfraktion der Grünen



„Integration ist ein wesentliches Anliegen in einer Kommune wie der Landeshauptstadt, in der in einem Viertel aller Haushalte Menschen mit Migrationshintergrund leben. Und es ist auch eine Gratwanderung, denn Integration darf nicht zur Assimilation werden. Wir wünschen uns eine vielfältige und vielfarbige Gesellschaft, keine graue, homogene Masse. Der Integrationsbeirat der Stadt Saarbrücken besitzt die Schlüsselkompetenz, wenn es um die erfolgreiche Einbeziehung ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger in unsere Stadtgemeinschaft geht. Hier wurden bereits wesentliche Fortschritte erzielt, beispielsweise bei der Besetzung von Ämtern der Stadt. Es ist wichtig, eine Stadt für alle zu sein und das auch auf diese Weise zu dokumentieren. Uns einen die Gemeinsamkeiten, die Unterschiede machen uns vielfältig und bunt und eröffnen uns Perspektiven für eine positive Weiterentwicklung.“

Claudia Kohde-Kilsch, Vorsitzende der Stadtratsfraktion der Partei Die Linke (Auszug aus der Rede zum Neujahrsempfang der Stadtratsfraktion am 20. Januar 2015)



„25 Jahre nach seiner Gründung als „Ausländerbeirat“ ist der Integrationsbeirat fester Bestandteil der politischen Landschaft in Saarbrücken. Gerade in der heutigen Zeit ist die Arbeit des Integrationsbeirates wichtiger denn je. Vor allem die Integration der zahlreichen Flüchtlinge, die zu uns kommen, stellt eine große Herausforderung für unsere Gesellschaft dar. Hier kann der Integrationsbeirat wertvolle Dienste leisten, z.B. als Ansprechpartner für alle Vereine und Initiativen, die in diesem Bereich arbeiten. Denn wir brauchen eine echte Willkommenskultur, um die Potentiale dieser Menschen zu nutzen.“

„Möge das Verbindende immer stärker sein als das Trennende, und lasst uns die Kraft haben, Neuem gegenüber offen zu sein, ohne dafür die eigene Identität in Frage zu stellen.“ Lassen Sie uns getreu diesem Motto Saarbrücken gemeinsam zu einer weltoffenen Stadt machen, in der Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit keine Chance haben.

Dafür wünsche ich dem Saarbrücker Integrationsbeirat alles Gute.“

Peter Strobel, Vorsitzender der CDU-Stadtratsfraktion



„Das Wort Integration stammt von dem lateinischen Begriff „integratio“ und bedeutet die Wiederherstellung eines Ganzen. Integration kann nur ein Erfolgsmodell sein, wenn auch unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger sich eingeladen fühlen, Teil eines Ganzen zu sein. Ein derartiges Zusammengehörigkeitsgefühl kann überhaupt erst entstehen, wenn sich alle Einwohner Saarbrückens in die politischen Entscheidungen miteinbezogen fühlen und die Möglichkeit haben, ihre Interessen zum Ausdruck zu bringen. Diese bedeutende Funktion wurde dem Integrationsbeirat übertragen, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die politischen, kulturellen und sozialen Interessen unserer ausländischen Mitbürger zu vertreten. Eine umfassende gesellschaftliche Integration beinhaltet neben einem Mitspracherecht ein echtes Mitbestimmungsrecht. Die kommunale Integration braucht daher auch ein Wahlrecht für unsere Mitbürger, die aus einem nicht EU-Land stammen.“

Karsten Krämer, Vorsitzender der FDP-Stadtratsfraktion



„Der Integrationsbeirat in der Landeshauptstadt ist ein Bindeglied für einen aktiven kommunalpolitischen Dialog zwischen der in Saarbrücken lebenden deutschen und ausländischen Bevölkerung sowie eine Interessenvertretung der hier lebenden Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund. Integration vollzieht sich in den Kommunen, findet in den Schulen, an den Arbeitsplätzen, in den Vereinen statt. Hierzu fungiert der Integrationsbeirat als Schnittstelle. Nicht zuletzt dank der guten Arbeit des Beirates ist es gelungen, Integration und Inklusion in Saarbrücken gemeinsam zu gestalten. Als Sprachrohr in der Landeshauptstadt fördert der Integrationsbeirat das gesellschaftliche Miteinander unterschiedlicher Kulturen und Religionen. Jetzt gilt es, eine Willkommenskultur zu schaffen. Dazu braucht es Menschen, die sich einbringen, die mitgestalten wollen und den Mut haben, Herausforderungen anzugehen.“

Jose Ignacio Rodriguez, Vorsitzender der Piraten-Stadtratsfraktion



„Dem Integrationsbeirat kommt in Saarbrücken eine ganz bedeutende Rolle zu, ist er doch Mittler zwischen Verwaltung, den Bürgerinnen und Bürgern und den neuen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Er ist eine wichtige Institution, die sich für die Rechte von Migrantinnen und Migranten einsetzt. Einige der ausländischen Bürgerinnen und Bürger sind freiwillig hier, andere flohen aus ihrer Heimat, um Tod, Vertreibung und Unterdrückung zu entkommen. Sie alle bedürfen unserer Hilfe, um sich in der für sie fremden Gesellschaft und Stadt zurechtzufinden. Fremdes darf nicht fremd bleiben. Eine schnelle Integration der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger entzieht den Nährboden für ausländerfeindliches Verhalten. Angesichts des demographischen Wandels gilt es, den Focus im Blick auf die Ressourcen im Besonderen auf die Menschen zu lenken, die zu uns kommen und mit uns leben und arbeiten wollen. Die Rolle des Helfers und Fürsprechers nimmt der Beirat seit nunmehr 25 Jahren wahr. Dafür gilt ihm unser großer Respekt und Dank.“

Sven Wagner, Vorsitzender der AfD-Stadtratsfraktion

POLITISCHE PARTIZIPATION – KOMMUNALES WAHLRECHT CONTRA AUSLÄNDERBEIRÄTE?

Von Erika Trenz

Auszug aus einer Rede von Erika Trenz, der im „3. Arbeitsbericht des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt Saarbrücken April 1994 – Dezember 1995“ erschien. Erika Trenz (heute: Erika Breuer) war damals Referentin für soziale Flüchtlings- und AusländerInnenangelegenheiten.

Die Debatte um das Wahlrecht für AusländerInnen ist schon alt. Viele halten die Einführung des kommunalen Wahlrechts bereits für das lang ersehnte Ziel: Einfluß zu nehmen auf politische Entscheidungen. Doch wer glaubt, dass schon allein durch Wahlen und gewählte ParteivertreterInnen in politischen Gremien entscheidende Veränderungen für Minderheiten erreicht werden können, der unterschätzt das Problem. Die Mehrheit der WählerInnen bestimmt durch ihre Stimmabgabe die Richtung der Politik mit. Also kann die Minderheit bei einem Wahlrecht auch keine offensive Minderheitenpolitik erwarten. Das heißt: AusländerInnen, die das kommunale Wahlrecht hätten, dürften dann zwar mitentscheiden durch ihre Stimmabgabe, sie blieben aber dennoch in der Minderheit – und würden erleben, dass Deutsche in der Mehrheit sind. Weniger Stimmen zu haben, bedeutet aber, unterlegen zu sein in einem System, in dem vor allem die Anzahl der Stimmen zählt.

Über das Wahlrecht hinaus muss es immer ergänzende Einflußmöglichkeiten geben. Politische Partizipation sollte nicht auf das Wahlrecht reduziert werden. Denn sie beginnt nicht erst dort, wo bei Wahlen zur Stimmabgabe aufgefordert wird, sondern weit vorher. Einflußnehmen kann man schon im gesellschaftlichen Vorfeld. Dies ist zum Beispiel eine Grunderfahrung der deutschen Friedensbewegung, die auf dieser Basis mehr erreicht hat als die Parteien.

Ausländerbeiräte – obwohl sie nah an den Verwaltungen angesiedelt sind – gehören zu diesem gesellschaftlichen Vorfeld. Genau das ist es aber, was die Kritik an den Beiräten hervorruft. Man vergleicht Funktion und Reichweite der Ausländerbeiräte mit dem Wahlrecht, das ungleich höher bewertet wird.

Dieser Vergleich ist falsch:

Auf das kommunale Wahlrecht wird seit mehr als 20 Jahren „gewartet“. Entscheidender ist aber, dass es sich um völlig unterschiedliche Bereiche der Einflussnahme handelt. Das Wahlrecht ist die Chance formaler Teilhabe am politischen System. Der Ausländerbeirat ist die Chance, durch eine aktive gesellschaftliche Organisation Einfluss zu nehmen auf das politische System. Es macht keinen Sinn, diese beiden Formen gegeneinander zu setzen. Sie behindern sich nicht, können sich aber ergänzen und wechselseitig unterstützen.

Der Ausländerbeirat ist die Interessensvertretung einer Minderheit. Die Politik gegen Diskriminierung dieser Minderheit ist sein einziges Programm. Rücksichtnahme auf die Mehrheit der Wählerstimmen oder Parteimitglieder entfällt beim Ausländerbeirat vollständig. Deshalb behielten Ausländerbeiräte auch dann ihre Existenzberechtigung, wenn es einmal das volle Wahlrecht geben sollte.



ZUR PERSON: ERIKA BREUER

Erika Breuer (geb. Trenz) gehörte von 1987 bis 1990 dem Deutschen Bundestag an. Sie war die erste und bis 2002 auch einzige Bundestagsabgeordnete der saarländischen Grünen. In den 1980er Jahren spielte sie als Beraterin und Unterstützerin der „Initiative Ausländerrat Saarbrücken“ eine wichtige Rolle bei der Gründung des Saarbrücker Ausländerbeirates.



„Richtiger fände ich heute wenn jede Partei eine Person mit Migrationshintergrund auf einen aussichtsreichen Listenplatz setzen würde. Ich glaube, damit könnte die Migrationspolitik einen bedeutenderen Stellenwert haben als heute. Viele politisch denkende Menschen mit Migrationshintergrund haben längst die deutsche Staatsangehörigkeit.“

Statement von Erika Breuer aus heutiger Sicht (2015)

IMPRESSUM

Festschrift „25 Jahre Ausländer- / Integrationsbeirat der Landeshauptstadt Saarbrücken“

Hrsg. vom Integrationsbeirat der Landeshauptstadt Saarbrücken, Mai 2015.
Redaktion und Recherche: Anne Kerber

Konzeption, Redaktion, Interviews und Texte (mit Ausnahme der namentlich gekennzeichneten Beiträge):
Alexandra Raetzer,
Redensart – Agentur für Public Relations

Gestaltung, Layout, Grafik:
rachelmrosek.de, leisundkuckert.de

Druck:
Kern GmbH, Bexbach

INTEGRATIONSBEIRAT ONLINE: FESTSCHRIFT ZUM HERUNTERLADEN ALS PDF

Auf unserer Internetseite www.saarbruecken.de/integrationsbeirat erhalten Sie aktuelle Informationen über die Arbeit des Integrationsbeirates der Landeshauptstadt Saarbrücken und seine Mitglieder. Auch Geschäftsordnung und Satzung, Publikationen und Pressemitteilungen sowie Informationen zu den Wahlen sind hier zu finden.

Damit Sie die Festschrift zum 25. Jubiläum bequem per Mausklick an Ihre Familie, an Freunde oder Kollegen versenden können, stellen wir sie Ihnen auf unserer Homepage als pdf-Datei zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Außerdem laden wir Sie ein, auf Facebook mit dem Integrationsbeirat in Kontakt zu treten. Wir freuen uns auf Ihre Anregungen, Kommentare und natürlich Likes!

Wenn Sie Fragen zum Integrationsbeirat haben oder sich mit einem Anliegen an ihn wenden möchten, ist die Geschäftsstelle im Rathaus St. Johann (Zimmer 223) die richtige Adresse.

Ansprechpartnerin ist:
Anne Kerber
Tel. + 49 681 905-1352
E-Mail: integrationsbeirat@saarbruecken.de



DANK DER REDAKTION

Fakten und Erinnerungen aus 25 Jahren Beiratsgeschichte zusammenzutragen ist das Gemeinschaftswerk vieler. Ein herzliches Dankeschön gilt allen, die das Zustandekommen dieser Festschrift ermöglicht haben: den derzeit amtierenden und ehemaligen Mitgliedern und Weggefährten des Ausländer- / Integrationsbeirates, die für Gespräche und Interviews zur Verfügung standen, Veronika Kabis für das fachliche Input, ihre hilfreichen Anregungen und Korrekturen, Christine Mhamdi für ihre Hinweise auf besondere Meilensteine

der Beiratsgeschichte und die kritische Lektüre der Texte, Stephan Schäfer für die fachliche Überprüfung der Textbeiträge und seine Mithilfe bei der Recherche, sowie Dr. Ruth Bauer vom Stadtarchiv Saarbrücken und Marion Manderscheid vom Archiv der Saarbrücker Zeitung.

Ein besonderes Dankeschön gilt Anne Kerber von der Geschäftsstelle des Integrationsbeirates für die perfekte Gesamtorganisation und ihre Mithilfe bei der Recherche und Korrektur.

Mir hat es Freude gemacht, mit so vielen interessanten, engagierten und sympathischen Menschen ins Gespräch zu kommen und die Texte für diese Festschrift zu schreiben. Ihnen allen nochmals herzlichen Dank und dem Integrationsbeirat der Landeshauptstadt Saarbrücken weiterhin viel Erfolg für seine unverzichtbare Arbeit!

Alexandra Raetzer

Wirtschaft ✓



Soziale
Verantwortung ✓



Ökologie ✓



Wir übernehmen Verantwortung.
Für die Region.

SAARLAND

Großes entsteht immer im Kleinen.



Sparkasse
Saarbrücken